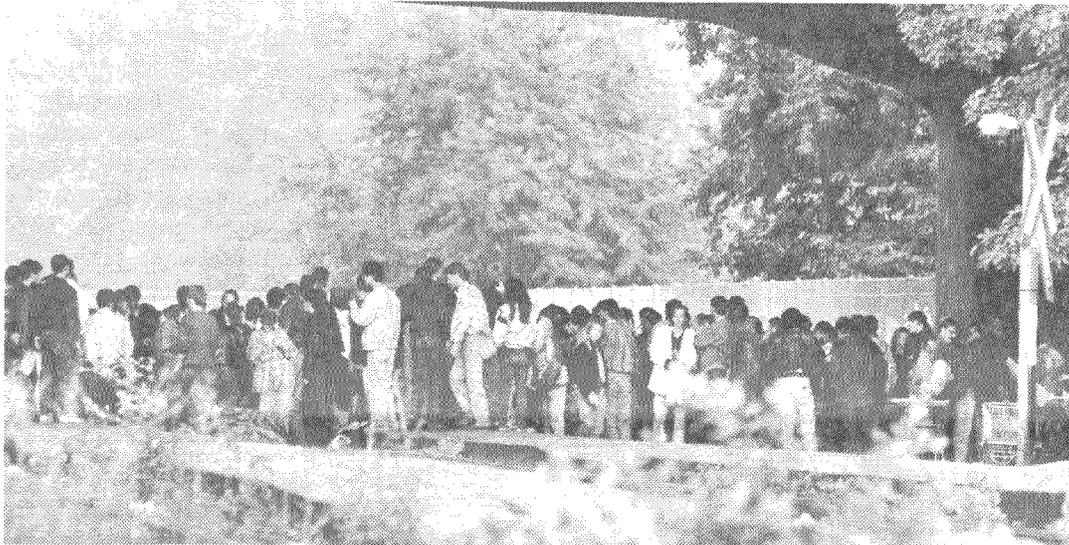


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Drogenproblem: Einen Schritt weiterkommen



Lösungen für das Drogenproblem sind überfällig.

(Photo Keystone)

Dank der Initiative von FDP-Parteipräsident Franz Steinegger ist Bewegung in die Drogenpolitik gekommen. Da es in der Politik Mehrheiten braucht, um Lösungen für ein Problem auch verwirklichen zu können, hat die FDP das Gespräch mit den anderen Parteien gesucht und ist dabei auf offene Türen gestossen.

AMK. Lösungen in der Drogenfrage sind überfällig; einfache Lösungen aber gibt es nicht. Nicht die Ideologie sollte daher im Vordergrund stehen, sondern die Sache: Das haben sich Fachleute der FDP und der SP gesagt. Gemeinsam versuchen sie jetzt,

einen Weg zu finden, der von beiden Partnern getragen werden kann und somit auch mehrheitsfähig wäre. Bereits hat die CVP Interesse am Gespräch angemeldet.

Wie könnte dieser Weg aussehen? Die FDP ist dezidiert gegen eine Freigabe von Drogen. Sie hat aber dem bereits laufenden Versuch zugestimmt, Schwerstsüchtigen kontrolliert, das heisst nur durch den Arzt, harte Drogen abzugeben. Wenn dieser Versuch positive Ergebnisse bringt, ist die FDP bereit, einer Ausweitung zuzustimmen. Dafür müsste dann das Betäubungsmittelgesetz geändert werden.

Die FDP ist aber auch dafür, dass – um die offenen Szenen aufzubrechen – gleichzeitig der fürsorgliche Freiheitszug vermehrt angewendet und damit die repressive Seite verstärkt wird. **Lesen Sie ab Seite 5**

Die Aargauer kommen

Mit einer Auflage von 19 000 Exemplaren erscheint heute zum erstenmal der «Aargauer Freisinn». Damit gesellen sich die Aargauer Parteifreunde zum «Solithurner», «Zürcher», «Berner» und «Bündner Freisinn» sowie zum Luzerner «Liberio». Alle zusammen sind mit dem schweizerischen «Freisinn FDP» in einem Kopfblattsystem verbunden. Je nach Bedarf beanspruchen die kantonalen Parteizeitungen vier bis acht von insgesamt zwanzig Zeitungsseiten.

Wir begrüssen die Aargauer Freisinnigen herzlich. Dank ihnen können wir nun unser Gedankengut in einer Zeitung mit einer stolzen Auflage von über 90 000 Exemplaren darstellen.

Die Redaktion



Für eine praxisorientierte und zukunftsgerichtete Bildung

Die FDP Aargau hat sich in einem Grundgedanken mit der aargauischen Bildungspolitik auseinandergesetzt und eine Leitgedanke zu einem praxisorientierten, zukunftsgerichteten Bildungswesen formuliert. Die Schaffung eines Leitbildes für die Aargauer Bildung ist ein qualitatives und quantitatives Merkmal der aargauischen Schulwesen. Es ist wünschenswert, dass sich breite Kreise der Bevölkerung an dieser Diskussion beteiligen.

Die Schule muss sich den Veränderungen der Gesellschaft und der Umwelt anpassen. Sie darf sich aber nicht in Anpassungsmaßnahmen verlieren. Die Aargauer Bildung muss sich auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft ausrichten. Die Aargauer Bildung muss sich auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft ausrichten.



Inhalt

- Hoffnung auf die Ständerräte: Warum? Lesen Sie ab Seite 8
- Einmal mehr scheut sich Parteipräsident Steinegger nicht, ein heisses Eisen anzufassen. Ab Seite 10
- Nicht zum ersten, aber auch nicht zum letzten Mal lesen Sie über «100 Jahre FDP». Ab Seite 12

Sarajewo bleibt im Würgegriff der Serben

Der seit zwei Jahren dauernde Bosnienkrieg hat weit aus blutigere Gemetzel gesehen als das Massaker am 5. Februar auf dem Marktplatz in Sarajewo. Aber die Granate, die 68 Menschen zerfetzte und weltweit einen Aufschrei der Empörung auslöste, bewirkte, dass Europäische Union, atlantische Allianz und Vereinte Nationen handeln mussten.

◉ Jacques Baumgartner

Die Granate gab Westeuropa die Gelegenheit, die angeschlagene Glaubwürdigkeit wieder zu etwas mehr Glanz aufzupolieren. Aber ohne Mitwirken der USA wäre das Nato-Ultimatum (als Uno-Mandat) an die Serben nicht zustande gekommen. Die EU-Europäer, die bei Kriegsausbruch die «Stunde Europas» beschworen und die Amerikaner beschieden hatten, sich aus dem Handel herauszuhalten, sind zersplittert.

Alleingang

Wie uneins die EU-Europäer sein können, zeigte sich im gefährlichen und irrationalen Alleingang Griechenlands. Mit der Verhängung eines Handelsembargos gegen das kleine, wirtschaftlich schwache Mazedonien fiel Athen den europäischen Partnern in der EU und in der Nato in den Rücken. Griechenland könnte mit diesem Schritt noch einen die gesamte Balkanregion erfassenden Krieg provozieren.

Die Regierung von Ministerpräsident Andreas Papandreu verlangt von Mazedonien, es müsse seinen Namen und seine Verfassung ändern sowie das Staatswappen ablegen, erst dann könnten Athen und Skopje verhandeln. Das grosse Griechenland befürchtet, die kleine, junge Republik Mazedonien werde expansionistische Gelüste entwickeln und Anspruch auf die griechische Nordprovinz gleichen Namens erheben.

Das ist bloss Athener Ausflucht: Die aus den vorzeitigen Wahlen im vergangenen Oktober

siegreich hervorgegangene Sozialistische Panhellenische Bewegung (Pasok) hatte den rezessionsgeplagten, aber mit EU-Finanzmitteln verwöhnten Griechen vollmundig den «Wohlfahrtsstaat» versprochen. Aber in der Staatskasse gähnt Leere. Es war abzusehen, dass sich Papan-

Serben weh, aber mit Bomben allein lässt sich kein Boden halten. Das heisst, die Mitte Februar auf italienischen Luftstützpunkten und auf Flugzeugträgern in der Adria bereitstehenden 117 Nato-Kampfflugzeuge genühten nicht, um kämpfende Serben dauernd am Boden halten zu können. Die Nato müsste Bodentruppen einsetzen, die Bombardements auf Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro) ausdehnen.

Bomben können auch die Belagerung nicht durchbrechen. Und Sarajewo wird nach wie vor belagert, wenn auch jetzt aus

rajewo entmilitarisiert, neutralisiert, unter Uno-Schutz und -Verwaltung gestellt werden kann (wofür Nato- und EU-Europa noch Tausende von «Friedenssoldaten» wahrscheinlich übers Jahr 2000 hinaus werden stellen müssen). – Aber der Krieg im übrigen Bosnien geht weiter.

Realpolitik

Russen und Serben verbindet angeblich slawische Seelen- und orthodoxe Glaubensverwandtschaft. Eine solche war und ist bloss Vehikel russischer Realpolitik. Schon den russischen Zaren ging es im vorigen Jahrhundert nicht bloss darum, die christlich-orthodoxen südosteuropäischen Slawen vom türkisch-osmanischen Joch zu befreien. Sie erstrebten Etablierung russischen Einflusses, russischer Grossmacht an Adria und Ägäis. Die spätere Sowjetunion setzte diese Politik fort, bis Partisanen-Marschall Josip Brosch, genannt Tito, 1948 mit dem Kreml brach, die Sowjets davonjagte und die «Blockfreiheit» erfand.

Die Seelenlage ist heute insofern gleichgelagert, als es die Sowjetunion und Jugoslawien nicht mehr gibt. Mit dem Anspruch «Wo Serben leben, ist Serbien» hatte der serbische Präsident, Slobodan Milosevic, den Krieg gegen das «nahe bosnische und kroatische Ausland», in dem zwei Millionen Serben lebten, angezettelt.



dreou, um seine und der Pasok Popularität zu wahren, in eine kämpferisch-nationalistische Aussenpolitik flüchten wird. Mehrheitlich sind die Griechen von Papandreu begeistert und «bereit, notfalls für die Heimat in den Krieg zu ziehen» (Athener Fernsehen, 17. Februar).

Ein Konflikt um Mazedonien beendete dessen Status als Pufferstaat, zöge unweigerlich – neben Griechenland und Serbien – Albanien im Bunde mit den Kosovo-Albanern und Bulgarien sowie wahrscheinlich die Türkei (wie Griechenland ein Nato-Partner) in den Krieg.

Russische Einflussphäre

Bombenschläge der Nato, sollten sie doch noch erfolgen, täten den

etwas entfernterer (Artillerie-) Distanz. Dass keine Nato-Bomben auf die Serben fallen, garantieren jetzt auch vierhundert russische Soldaten, die Moskau eilends zu Verstärkung der Uno-«Blauhelme» nach Sarajewo in Marsch setzte. Damit schützt Russland seine serbischen Verbündeten, damit hat Russland den Westen ausgetrickst... Der Balkan ist und bleibt russische Einflussphäre.

Krieg geht weiter

Das Nato-Ultimatum wollte eine «Zweibahnstrasse» sein: «Vorfahrt» für den politischen Lösungsprozess und, scheiterte dieser, «Nachfahrt» für die militärische Lösung, wie es im EU-Jargon heisst. Am Anfang war die Hoffnung, dass als Folge der blossen Drohung zumindest Sa-

Russland hat fast dreissig Millionen seiner Bürger im «nahen Ausland». Der Preis für das russische Nicht-Veto im Uno-Sicherheitsrat gegen das Nato-Ultimatum, für das «partnerschaftliche» Mitwirken in Sarajewo dürfte schon bald westliches Wegschauen vom russischen «nahen Ausland» sein...

Edith Aeby: Fortschreiten, sich neu orientieren und niemals stillstehen!

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Nach einem Vortrag von Ciba-Geigy-Chef Dr. Jürg Krauer bin ich zuversichtlich, dass die Menschen erkennen, dass unsere Ressourcen beschränkt sind und deshalb so effizient wie möglich einzusetzen sind, dass wir eine wirtschaftsverträgliche Umweltpolitik betreiben müssen und heute vor allem qualitatives statt quantitatives Wachstum angestrebt werden muss. Nur so können wir für unsere Nachkommen eine Welt erhalten, die auch für sie noch lebenswert ist.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die wachsende Kriminalität, Rassismus, Aggressivität, Egoismus und Intoleranz, was alles irgendwie zusammenhängt und mich erschreckt, weil ich annehmen muss, dass unsere Gesellschaft krank ist.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die wichtigste: immer noch das Rad, weil es Symbol ist für alles, was sich bewegt. Sich bewegen heisst sich verändern, fortschreiten, sich neu orientieren und niemals stillstehn.

Die entbehrlichste: alles, was die Konsumsucht fördert und die Eigeninitiative lähmt.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Vielfalt und trotzdem Überschaubarkeit.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Zunehmender Isolationismus und der Glaube an den «Sonderfall Schweiz».



Edith Aeby ist Kontaktperson für die St. Galler Frauen und Vorstandsmitglieder der Kreispartei St. Gallen Ost.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Unbedingt. Mehrheiten sind meistens träge, und Minderheiten bringen neue Ideen mit viel Motivation, eben weil sie eine Minderheit sind.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ich jeden Extremismus, ganz gleich in welcher Richtung, ablehne. Für mich kommt nur eine liberale Politik in Frage, wie sie am ehesten in der FDP möglich ist. Ausserdem stamme ich aus einer FDP-Familie und bin somit vorbelastet.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Wofür? Für gute Politik? Ich denke, dass erst die Geschichte

zeigt, wer ein guter Politiker war. Im Moment kommt mir gerade Hans-Dietrich Genscher in den Sinn, ein guter Diplomat.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Kompetenz und ehrliche Haltung.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Dass wir endlich akzeptieren, dass Männer und Frauen anders denken und handeln und diese Andersartigkeit als solche annehmen und als gegenseitige Bereicherung ansehen, denn nur gemeinsam kommen wir weiter.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Schwäche: Zuviel zu wollen in der wenigen Zeit, die zur Verfügung steht. Stärke: Begeisterungsfähigkeit, Wissbegierde, sich in andere Situationen einfüllen können.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Ich habe mir soeben für die kommenden Ferien im Engadin das Buch «Tod in Sils Maria – 13 üble Geschichten» vom Zürcher Pfarrer Ulrich Knellwolf erstanden.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Hundespaziergänge und ab zu einem Tennismatch.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Schlagfertig antworten können.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Ruth Dreifuss – weil sie kompetent, geschickt und charmant ist. Durch ihre natürliche Art kann sie für uns Frauen ein positives Vorbild sein und Vorurteile abbauen helfen. ■

KURZBIOGRAPHIE

Edith Aeby-Baumgartner

Zur Person: alleinstehend, teilszeitlich berufstätig, drei Söhne, 23, 21, 17, alle noch zu Hause.

Alter: 50.

Berufliche Stationen: Diplommittelschule, Sprachaufenthalte, Sekretariats- und Reisebüroangestellte bei Swissair und Alitalia, nach Verheiratung Teilzeitsekretärin in Werbeagentur, 14 Jahre Nur-Hausfrau, Wiedereinstieg 1984,

89/90 1½-jährige Ausbildung zur Personalassistentin mit Diplom, heute Sekretärin bei einem Gestalter.

Politischer Werdegang: Parteieintritt zirka 1987 nach jahrelangem Interessentinnen-dasein, 1990 bis 1992 Vorstandsmitglied Frauengruppe SG, seit deren Auflösung Kontaktfrau für die St. Galler Frauen, Vorstandsmitglied Kreispartei St. Gallen Ost.

Liebste Tätigkeit: Familie geniessen, mit meinem Bergamasker ausgedehnte Spaziergänge machen. ■

Ein Profil der Schweiz

Die Volkszählung 1990 zeichnet ein Bild der Schweiz im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel. In den achtziger Jahren haben sich in zahlreichen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) neu veröffentlichte Taschenstatistik zur Volkszählung vermittelt auf attraktive Art ein Profil dieser Schweiz im Wandel. Ein spezieller Katalog gibt zudem eine Übersicht über die bereits erschienenen Publikationen zur Volkszählung 1990.

Im letzten Jahrzehnt ist die Bevölkerung der Schweiz stark gewachsen, in erster Linie durch Zuwanderung aus dem Ausland. Die Schweiz ist auf dem Wege zu einer multikulturellen Gesellschaft mit neuen sprachlichen und religiösen Minderheiten. Die Frauen beteiligen sich immer stärker am Erwerbsleben, während gleichzeitig Industrie und verarbeitende Produktion vom Dienstleistungssektor verdrängt werden. Die Pendler legen auf dem Weg zum Arbeitsplatz immer grössere Distanzen mit dem Auto zurück. Der Trend zur Individualisierung zeigt sich deutlich darin, dass Ein- und Zweipersonenhaushalte zulasten der Familienhaushalte mit Kindern weiter zunehmen.

Diese Veränderungen haben Auswirkungen nicht nur auf die Siedlungsentwicklung und das Wachstum der städtischen Agglomerationen, sondern auch auf die kulturelle Identität der Schweiz, die Beziehungen zwischen den Sprachregionen und Kantonen. Die Geschwindigkeit, mit welcher sie sich ereignet haben, hat das Bewusstsein für die neuen Realitäten geschärft. Manche Hintergründe und Zusammenhänge müssen aber noch eingehender untersucht und ausgeleuchtet werden. Ebenso sind Konsequenzen zu ziehen für ein zukunftsorientiertes politisches Handeln. Wissenschaft und Politik sind gleichermaßen herausgefordert.

Die vorliegende Publikation im Taschenformat bietet mittels Text, Graphiken und Tabellen einen Überblick über die wichtigsten Resultate der Volkszählung 1990 für die Schweiz als Ganzes sowie für die einzelnen Kantone und grossen Städte. Sie kommentiert wichtige Fakten und historische Entwicklungen. Die eidgenössische Volkszählung wird seit 1850 alle zehn Jahre durchgeführt. Sie ist das «kollektive Gedächtnis» der Schweiz,



Die Volkszählung 1990 zeichnet ein Bild der Schweiz im Wandel. (Photo ruti)

welches den demographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel in den Gemeinden und Stadtquartieren, den Bezirken und Kantonen des Landes dokumentiert und miterleben lässt. Deutsche, französische, italienische oder englische Ausgaben der Taschenstatistik sind ab sofort gratis beim BFS erhältlich. In einigen Wochen werden eine italienische und eine englische Ausgabe folgen.

Zur Orientierung über das Publikationsprogramm der Volkszählung 1990 und zur raschen Information über die bereits erschienenen Bände dient

ein spezieller Katalog der Publikationen. Dieser kann ebenfalls gratis beim BFS bezogen werden.

Bestellungen sind zu richten an das Bundesamt für Statistik, Schwarztörstrasse 96, 3003 Bern, Tel. (031) 323 60 60

Neue Produkthaftpflicht ab 1. Januar 1994

Am 1. Januar 1994 trat das neue Produkthaftpflichtgesetz (PrHG) in Kraft. Dieses neue Bundesgesetz regelt die Haftung für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht werden. Betroffen von diesem Haftungsrisiko sind alle, die solche Produkte in den Verkehr bringen, also Hersteller, Zulieferer, Händler und Importeure. Das neue Produkthaftpflichtgesetz führt damit einerseits zu einer Verbesserung des Konsumentenschutzes, andererseits zu einer Verschärfung der Haftung, insbesondere für Händler, Zulieferer und Importeure.

Die Schweiz hat mit diesem neuen Gesetz im Rahmen der Swisslex die «autonome Anpassung» der Schweizer Produkthaftpflicht an das sekundäre

EG-Gemeinschaftsrecht vollzogen. Dabei kann festgestellt werden, dass die Bestimmungen der EG-Produkthaftungsrichtlinie praktisch wörtlich übernommen und der schweizerischen Gesetzessystematik angepasst wurden.

Im Verlag Paul Haupt ist nun ein Kommentar zum Produkthaftpflichtgesetz erschienen. Das Buch ist zwar ein juristischer Kommentar und richtet sich auch an Juristen. Es dient aber ebenso als Orientierungshilfe für den Hersteller, Händler, Exporteur und Importeur sowie als vollständiges Nachschlagewerk für Verbände und Versicherungen.

Der Kommentar erläutert die einzelnen Gesetzesartikel, wobei Literatur und Rechtspre-

chung nicht nur der Schweiz, sondern auch der europäischen Nachbarn berücksichtigt werden. Der Kommentar geht auch auf sämtliche übrigen vertraglichen und ausservertraglichen Anspruchsgrundlagen des schweizerischen Produkthaftungsrechtes ein, erläutert das internationale Produkthaftpflichtgesetz der Schweiz und gibt einen Überblick über die Produkthaftungsbestimmungen von 18 europäischen Staaten, was insbesondere für Exporteure von Bedeutung sein kann.

Franz Stämpfli

Hans-Joachim Hess: Kommentar zum Produkthaftpflichtgesetz (PrHG), Verlag Paul Haupt, Bern, Stuttgart, Wien; 397 Seiten, gebunden, Fr. 98.-, ISBN 3-258-04 863-0; zu bestellen im Buchhandel.



Einfache Lösungen gibt es nicht für das Drogenproblem. Nötig ist eine Mehrfachstrategie von polizeilichen, fürsorgerischen, gesundheitspolitischen und erzieherischen, von präventiven und repressiven Massnahmen. (Photo Keystone)

Für eine kohärente Drogenpolitik

Die heutige drogenpolitische Diskussion leidet unter der Polarisierung durch apodiktische Positionen einerseits und einer mangelnden Gesprächsbereitschaft andererseits. Klar ist, dass es für das Drogenproblem keine einfachen Lösungen gibt; klar ist deshalb auch, dass – in den Worten des FDP-Parteipräsidenten Franz Steinegger – «eine Mehrfachstrategie von polizeilichen, fürsorgerischen, gesundheitspolitischen und erzieherischen, von präventiven und repressiven Massnahmen nötig ist».

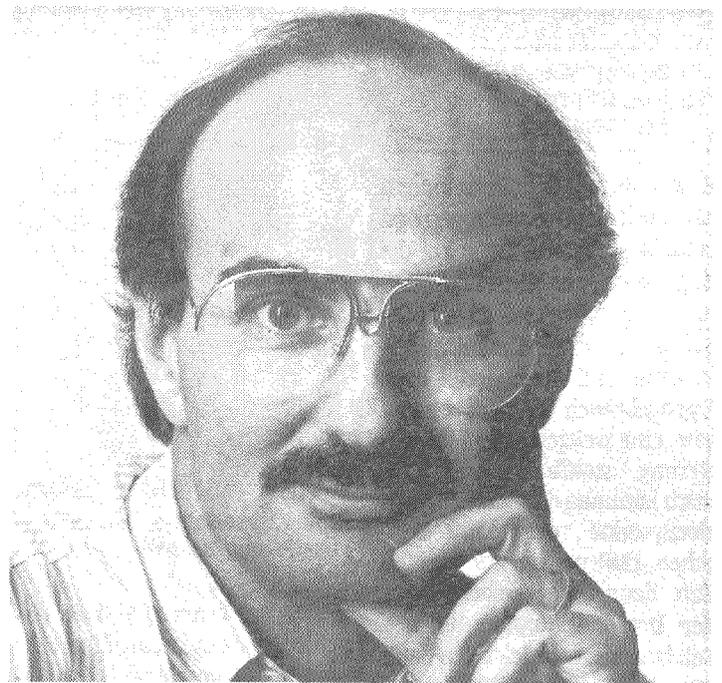
Prof. Dr. med.
Felix Gutzwiller, Zürich

Die Arbeitsgruppe «Drogenpolitik» der FDP Schweiz befasst sich seit Sommer 1989 intensiv mit dem Drogenproblem und hat eine heute gültige Position entwickelt, die von der Delegiertenversammlung (Vevey 1990) sowie

von der Geschäftsleitung getragen ist. Die FDP geht dabei explizit davon aus, dass der Konsum von Suchtmitteln aus sozialen und politischen Gründen unerwünscht ist.

Ziel ist also eine Gesellschaft, die mit möglichst wenig Abhängigkeit auskommt.

Drogenpolitische Zielsetzung kann aber nicht allein die



Felix Gutzwiller: Auf der Suche nach einem «dritten Weg» in der Drogenpolitik.

Drogenabstinenz sein – gleichzeitig braucht es ein Modell für den Umgang mit Drogenabhängigen.

Umfeld

Das zukünftige drogenpolitische Umfeld wird einerseits durch die schon eingereichte Initiative «Ju-

gend ohne Drogen», andererseits durch die Initiative «DROLEG» beeinflusst. Nach mehrheitlicher Meinung der FDP-Arbeitsgruppe sind beide Initiativen abzulehnen – die erstere, weil sie hinter das heute gültige Betäubungsmittelgesetz zurück schreitet (um etwa die jetzt laufenden

* Präsident Arbeitsgruppe Drogenpolitik, FDP Schweiz.

Substitutionsversuche zu stoppen), die letztere, weil sie zu einer unkontrollierten Abgabe von Drogen führen könnte.

«Dritter Weg»

Die FDP-Arbeitsgruppe erarbeitet zur Zeit ein Modell für einen «dritten Weg» in der Drogenpolitik. Dieses Modell wird eine Mehrfachstrategie beinhalten –

mit einer Reihe von drogenpolitischen Massnahmen.

Zu diesen möglichen Massnahmen gehört auch die Revision des Betäubungsmittelgesetzes – von der FDP übrigens seit 1989 gefordert –, welche z. B. ein ärztliches Modell zur Abgabe von harten Drogen an Schwerabhängige ermöglichen würde.

Ein solches Modell beinhaltet nicht eine «Drogenliberalisierung», sondern eine therapeutische Übergangsmassnahme mit dem Ziel eines späteren Ausstiegs.

Um einen solchen «dritten Weg» zu realisieren, braucht es politische Mehrheiten. Deshalb haben erste Gespräche zwischen dro-

genpolitischen Vertretern der Bundesratsparteien, insbesondere zwischen FDP und SP, stattgefunden – es ist zu hoffen, dass mehrheitsfähige drogenpolitische Postulate mithelfen, das Drogenproblem endlich adäquat anzugehen. ■

Reaktion des Polizeidirektors der Stadt Bern: Zur rechten Zeit

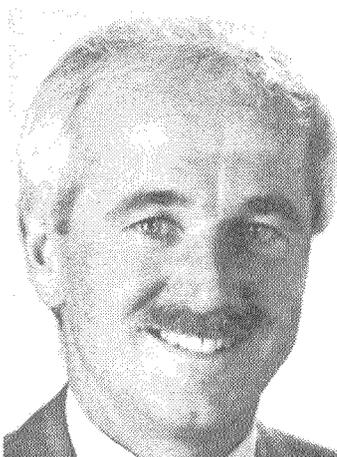
Liberalisierung und Repression sind in der heutigen drogenpolitischen Diskussion die wohl am meisten verwendeten Worte. Ungebremste Freigabe und totales Verbot der harten und weichen Drogen stehen sich gegenüber. Die politischen Diskussionen drehen sich bereits seit langem im Kreis, es findet ein ungeahnter gegenseitiger Kräfteverschleiss statt, und Rechtfertigungen und Gegenrechtfertigungen für das eigene Tun absorbieren sehr viel Zeit. Dies ist in der Drogenpolitik der Stadt Bern nicht anders.

Dr. Kurt Wasserfallen,
Polizeidirektor
der Stadt Bern

Einerseits will der Gemeinderat keine offenen Drogenszenen und setzt im weitesten Sinne auf die Repression, andererseits wollen im Drogenbereich tätige oder politische Kreise, dass Drogenkonsum und Kleinhandel zum Eigengebrauch toleriert werden bzw. eine weitgehende Liberalisierung stattfinden soll. Für mich kommen daher die Diskussionspunkte der schweizerischen FDP gerade zur rechten Zeit, denn eine Versachlichung der Drogendiskussion tut not. Seit langem setzte ich mich dafür ein, dass auf dem Buckel der Drogensüchtigen keine Politik betrieben wird. Für mich gibt es daher auch keine Drogenpolitik, sondern nur eine gezielte und möglichst wirksame Hilfe an diese Kranken.

Verschiedene Standbeine

Wie in der Stadt Bern seit der Schliessung des Kocherparcs



Kurt Wasserfallen: «Eine Versachlichung tut not.»

praktiziert, braucht es dazu verschiedene Standbeine. Einerseits sind dies repressive Massnahmen im Polizei- und Fürsorgebereich (Auflösung der offenen Drogenszenen, kein Konsum und Handel in der Öffentlichkeit, fürsorglicher Freiheitsentzug (FFE), Gefährdungsmeldungen an Angehörige und Gemeinden, Rückführungen in Wohnsitzgemeinden), andererseits begleitende und unterstützende Massnahmen wie die von der FDP

Schweiz vorgeschlagene Medizinisierung des Drogenkonsums, (freiwillige) Therapien und Rehabilitationen.

Ziel

Ziel aller Bemühungen muss sein: den Einstieg in den Drogenkonsum nachhaltig zu erschweren, den Handel zu bekämpfen und ihm die Kunden zu entziehen und bereits Abhängigen (dazu gehören auch die Konsumenten weicher Drogen und von Methadon) verschiedene Wege zu öffnen und sie dahin zu führen, um von ihrer Sucht wieder wegzukommen. Undenkbar ist für mich, dass der Drogenkonsum sogenannt liberalisiert, d. h. beispielsweise mehr oder weniger uneingeschränkt und kontrolliert durch den Staat ermöglicht wird, um nicht gerade von einer «Abgabe der Drogen im Supermarkt» zu sprechen. Eine stark steigende Anzahl Abhängiger, die wohl über kurz oder lang kaum mehr in der Gesellschaft und Arbeitswelt integriert bleiben dürften, wäre die Folge. Diese skizzierten Massnahmen werden hoffentlich bald einmal eine breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit finden und damit bezüglich der Hilfe an die Drogenabhängigen, aber auch bezüglich der Drogenkriminalität und des Handels zu besseren Resultaten führen. Dass dabei eine wirksame und unbürokratische Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und vor allem grossen Städten erforderlich ist, scheint

mir Bedingung zu sein, nicht zuletzt auch wegen der Finanzierungsfrage. Sicher ist nur, dass die betroffenen Städte diese letztlich gesellschaftlichen Probleme allein nicht werden lösen können. ■

Unterlagen zum Thema

In der schweizerischen Parteizentrale können zwei «Politische Rundschauen» bestellt werden, die sich mit der Drogenfrage befassen. Zum Selbstkostenpreis von 5 Franken sind erhältlich:

■ Drogenfrage: Anpacken statt resignieren. Grundsätze der FDP. «Politische Rundschau» Nr. 2/1991 (Ergebnis der a. o. Delegiertenversammlung vom 23. Juni 1990 in Vevey; 22 Seiten)

■ Die aktuelle Drogendebatte: Ein Überblick über Thesen und Modelle. «Politische Rundschau» Nr. 1+2/1992 (Referate der Tagung vom 20./21. März 1992 in Bern; vergriffen, Photokopien, 47 Seiten)

Bestellungen sind zu richten an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51.

Audi 100.

Renaissance für den Klassizismus.

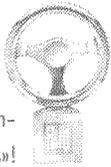


Der Audi 100 ist das aussergewöhnliche Fahrzeug, das eine neue, zeitgemässe Philosophie schnörkellos umsetzt:

Mit der einzigartigen und gelungenen Synthese zwischen

Maximal!

«Goldenes Lenkrad» für den Audi 100 Avant 2.8E als bestes Auto in der Sonderklasse «Grosse Kombis»!



Technik, Sicherheit, Komfort und Eleganz.

Oder in anderen Worten:
Mit Vernunft und Vergnügen!

Denn der Audi 100 erfüllt die höchsten Ansprüche, ganz gleich, wo Sie sie an ihn stellen: Ob in der Motorisierung und Fahrleistung, ob bei fortschrittlichsten, aktiven und passiven Sicherheits-Innovationen (Fahrer-Airbag und ABS serienmässig), ob in der Verarbeitung, Qualität und Langlebigkeit (10-Jahre-Garantie gegen Durchrostung dank vollverzinkter Karosserie) oder in der Ausstattung und im Design.

In der Summe aller Vorteile ist der Audi 100 heute eines der

modernsten, sichersten und auch schönsten Automobile auf unseren Strassen. Und eines der erfolgreichsten dazu.

Denn selten hat sich ein neues Konzept so rasch und nachhaltig durchgesetzt.

Zu Recht, wie Sie uns sicher schon bald bestätigen können!

Audi.
Vorsprung durch
Technik.



AMAG, Importeur von VW und Audi, 5116 Schinznach-Bad, und die 550 Audi-Partner präsentieren Ihnen den neuen Klassiker!

LESERBRIEF

Mehr Vollzugswillkür – weniger Rechtsstaat?

Zum nationalrätlichen Entscheid, die Verfahrensrechte der Natur- und Heimatschutzvereinigungen zu beschneiden.

In der Wintersession 1993 hat eine knappe Mehrheit des Nationalrats die bisher bestehenden Verfahrensrechte der Natur- und Heimatschutzvereinigungen auf Bundesebene in schwerwiegender Weise beschnitten. In ihrer Mehrzahl haben die freisinnigen Nationalrätinnen und Nationalräte diesen unglückseligen Entscheid mitgetragen.

Der Schreibende ist seit 25 Jahren Mitglied der FDP. Er bekennt sich zu dieser Partei, weil er vom Grundsatz einer selbstbestimmten Lebensgestaltung überzeugt ist. Selbstbestimmung ist jedoch nur annehmbar, wenn sie von Verantwortung begleitet wird. Verantwortung muss sich selber, den Mitmenschen und dem natürlichen und kulturellen Erbe gegenüber wahrgenommen werden. Es hat mich daher enttäuscht und auch erbittert, dass massgebende Exponenten unserer Partei einen Entscheid mitgetragen haben, der dem Grundsatz der Verantwortung ins Gesicht schlägt.

Um die Tragweite und die Folgen des nationalrätlichen Entscheids richtig zu verstehen, muss man ihn in einen grösseren Zusammenhang stellen:

Bedeutung des Rechtsvollzugs

■ Unsere hochentwickelte Gesellschaft verfügt über eine komplexe Rechtsordnung – eine Binsenwahrheit. Die in der Gesellschaft vorhandenen sehr unterschiedlichen Interessen schlagen sich notwendig in dieser Rechtsordnung nieder. Die Rechtsordnung stellt gleichsam den Versuch dar, zwischen den widerstreitenden Interessen einen Ausgleich zu finden.

Allerdings kann die Rechtsordnung nicht jeden möglichen Lebenssachverhalt im voraus derart klar regeln, dass die Anwendung des Rechts so einfach und präzise wie eine mathematische Gleichung erfolgt. Meist muss sich der Gesetzgeber begnügen, die wichtigsten Grundsätze des Interessenausgleichs festzuhalten. Der Entscheid im konkreten Einzelfall bleibt den rechtsanwendenden Behörden und Gerichten überlassen.

■ Aus dem Gesagten ergibt sich die *überragende Bedeutung des Rechtsvollzugs*. Weil die Rechtsanwendung nicht dem Lösen einer mathematischen Gleichung entspricht, ist es von entscheidender Bedeutung, wie die in der Rechtsordnung nur allgemein vorgegebenen Regeln im einzelnen Fall konkretisiert werden. Wertende Urteile spielen dabei eine grosse Rolle.

■ Ausschlaggebend für den guten Vollzug der Rechtsordnung sind die *Verfahren der Entscheidung*. Dabei herrscht seit Jahr-

hundertern die Überzeugung, dass die Wahrheitsfindung und die richtige Anwendung des Rechts am ehesten dann gewährleistet sind, wenn die Vertreter der gegensätzlichen Interessen gleichberechtigt am Verfahren teilnehmen und ihre Auffassungen der urteilenden Behörde darlegen.

Von Freisinnigen gestaltet

■ Diese Gedanken waren wegleitend, als bei der Schaffung des geltenden Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) von 1966 ein Artikel aufgenommen wurde, der den gesamtschweizerischen Vereinigungen des Natur- und Heimatschutzes ein eigenes Beschwerderecht verlieh. In den meisten verwaltungsrechtlichen Verfahren stehen sich nur die Gesuchsteller (also Bauherren oder Antragsteller für eine Konzession) und eine Verwaltungsbehörde gegenüber. Bei dieser Ausgangslage besteht nicht nur die Gefahr, sondern eine Wahrscheinlichkeit dafür, dass die von der Rechtsordnung ausdrücklich als schutzwürdig anerkannten Interessen der Umwelt, der Natur und der Kultur zu

wenig berücksichtigt werden. Ganz selbstverständlich stehen für den Bauherrn oder den Gesuchsteller einer Konzession die eigenen (durchaus legitimen) Anliegen zuvorderst. Die Entscheidbehörde andererseits, nicht mit eigenem Herzblut in der Sache engagiert und oft überlastet, hält dem Bau- oder Konzessionsvorhaben die Interessen des Natur- und Heimatschutzes nur ungenügend entgegen, obwohl diese Interessen vom Gesetz ausdrücklich als schützenswert anerkannt wären. Das Ergebnis ist ein Entscheid, bei dem – entgegen der vom Gesetz gewollten Ordnung – die Natur- und Heimatschutzanliegen zu kurz kommen.

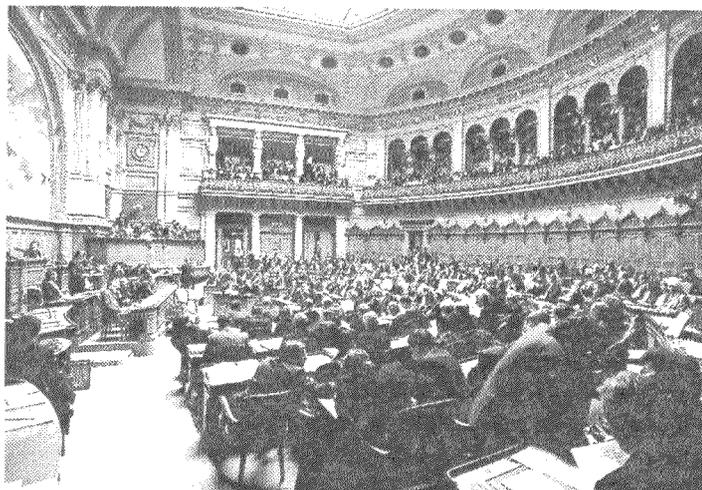
Eben um dieser Unzulänglichkeit zu begegnen, wurde im Natur- und Heimatschutzgesetz von 1966 den Schutzorganisationen die Beschwerdebefugnis eingeräumt. Die Schutzorganisationen verfügen seither über das Recht, als Partei an jenen Verwaltungsverfahren teilzunehmen, bei denen Natur- und Heimatschutzinteressen mit auf dem Spiel stehen. Selbstverständlich wurde ihnen dieses Beschwerderecht nicht um ihrer selbst willen gegeben. Klare Absicht des Gesetzgebers war es, die Vereinigungen gleichsam als *Anwälte der Natur und der Umwelt* sprechen zu lassen.

■ Es verdient festgehalten zu werden, dass hervorragende Freisinnige den entscheidenden Anteil an dieser gesetzlichen Neuerung von 1966 hatten. Den eigentlichen Anstoss dazu gab der ehemalige freisinnige Bundesrichter und Professor an der Universität Bern, Hans Huber. Mitgetragen wurde seine Idee von Professor Max Imboden (Basel) und von Staatsanwalt Ariste Rollier (Bern).

Schlechterer Vollzug als Ziel?

■ Wer das seit 1966 bestehende Beschwerderecht der Schutzorganisationen schmälert, beeinträchtigt also (ob gut- oder bösgläubig) den richtigen Vollzug unserer gesetzlichen Ordnung.

Mit allem Nachdruck muss darauf hingewiesen werden, dass den Natur- und Heimatschutz-



Der Nationalrat hat in der Wintersession 1993 die bisher bestehenden Verfahrensrechte der Natur- und Heimatschutzvereinigungen auf Bundesebene beschnitten. Wird der Ständerat diesen Entscheid in der kommenden Session korrigieren? (Photo Stahl)



Flusslandschaft der Maggia: Wer vertritt die Anliegen der Natur?

vereinigungen mit dem Beschwerderecht in keiner Weise Entscheidbefugnisse gegeben werden. Über die strittigen Rechtsfragen entscheiden immer nur die vom Gesetz eingesetzten staatlichen Behörden und Gerichte. Das Recht zur Beschwerdeführung hat allein zur Folge, dass die Vereinigungen am Verfahren teilnehmen, ihre Argumente vorbringen und gegebenenfalls, sofern der in erster Instanz getroffene Entscheid ihrer Auffassung nach falsch ausfällt, den Fall vor die nächste Behörde bringen können.

Es ist deswegen geradezu böseartig, wenn die Gegner des Beschwerderechts die Vereinigungen als «fremde Vögte» hinstellen, die sich in Dinge einmischen, welche sie nichts angehen. Von fremden Vögten kann nicht die Rede sein: zuständig zum Entscheid bleiben die Behörden. Die Beteiligung der Schutzorganisationen trägt allein dazu, eine der Rechtsordnung entsprechende Berücksichtigung aller Interessen, also auch jener der Natur und der Umwelt, sicherzustellen.

■ *Wer das Beschwerderecht der Natur- und Heimatschutzorganisationen beschränken will, muss sich somit der Frage stellen, ob er auf einen schlechteren Vollzug der gesetzlichen Ordnung hinarbeitet.*

Persönlich habe ich den Verdacht, dass eben dies das Ziel zumindest einiger Gegner des Beschwerderechts ist. Wenn die Natur- und Heimatschutzorganisationen im Hintergrund als Wächter nicht mehr auftreten können, sind gewisse «Deals» zwischen Vertretern rein privater Interessen und den Behörden wesentlich leichter zu bewerkstelligen. Wer wie der Schreibende als Anwalt tätig ist, weiss, dass dieser Verdacht leider nicht ins Reich der Märchen gehört.

Missbrauch?

■ Als vordergründiges Hauptargument für die Einschränkung des Beschwerderechts wird heute meist auf angebliche Missbräuche hingewiesen. Man wirft den Schutzorganisationen vor, legitime Vorhaben zu vereiteln oder zumindest stark zu verzögern. Der erhobene Vorwurf ist unter zwei Gesichtspunkten unberechtigt. Zum einen zeigt die Auswertung der Streitfälle, bei denen Natur- und Heimatschutzorganisationen als Partei beteiligt waren, dass den Vereinigungen in weit überdurchschnittlichem Mass recht gegeben wurde. Anders ausgedrückt: Die Erfolgsquote der von den Schutzorganisationen erhobenen Beschwerden ist weit höher als jene der von Privaten erhobenen Beschwerden.

Schuld an der heute oft beschworenen «Einsprache- und Beschwerdeflut» sind mit Sicherheit nicht die Schutzorganisationen, sondern zahllose einzelne Personen, die sich – oft unberechtigt – Baugesuchen und anderen Bauvorhaben entgegenstellen. Auch hier weiss ich als praktizierender Anwalt, wovon ich spreche. Wie oft versuchen eben jene, die ihr Haus bereits gebaut haben, einen Neubau auf einem Nachbargrundstück zu verhindern, um weiterhin von einer freien Aussicht und unbebauten Umgebung zu profitieren.

Dem Missbrauchsargument steht aber noch ein weiterer Gesichtspunkt entgegen: Das Beschwerderecht soll den Natur- und Heimatschutzorganisationen die Teilnahme an verfahrensrechtlichen Verfahren ermöglichen, um Interessen der Natur und der Umwelt zu vertreten. Wenn dies die Schutzorganisationen tun, sind sie nicht lästige Verhinderer; sie nehmen vielmehr eben jene Aufgabe wahr, die ihnen der Gesetzgeber

zugedacht hat. Sie sollen dazu beitragen, dass richtige – also der Rechtsordnung entsprechende – Entscheide ergehen.

Fazit

Es ist daher für alle Freisinnigen, denen die Verantwortung für Natur, Umwelt und Kultur nahe liegt, schmerzlich, wenn die Vertreter der eigenen Partei aktiv dazu beitragen, ein unentbehrliches Instrument für den richtigen Vollzug des Rechts kaputtzumachen. Wollen wir Freisinnigen wirklich dies: mehr Vollzugswillkür und weniger Rechtsstaat?

Noch hoffe ich, dass der Fehlentscheid des Nationalrats im Ständerat korrigiert wird. Es stimmt mich zuversichtlich, dass mit Ständerat Schüle ein Freisinniger der zuständigen vorbereitenden Kommission vorsteht, dem die Anliegen des Natur- und Heimatschutzes nicht bloss Lippenbekenntnisse sind.

*Dr. Enrico Riva,
praktizierender Anwalt
und Lehrbeauftragter
an der Universität Bern, Bern*

DEM NEUEN AUF DER SPUR.

SULZER®
Technologie schafft Werte



Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muss der Staat auch sein Defizit abbauen.

(Photo Keystone)

Die Arroganz der ignoranten Wohltäter

Die Diskussion um die Finanzierbarkeit des weiteren Ausbaus unseres Sozialstaates ist vielerorts flugs in eine Sozialabbaudiskussion umgedreht worden. Dies war zu erwarten.

**Nationalrat
Franz Steinegger,
FDP-Parteipräsident (UR)**

Bereits im Sommer 1993 hat mir ein Theologe prophezeit, dass – so wie versucht worden ist, die Frage der kriminellen Asylgesuchsteller mit Rassismus- und Populismusvorwürfen zu tabuisieren – das Wort Sozialabbau dazu dienen werde, jede Diskussion über die Finanzierung unseres Sozialstaates zu verhindern. Auf der einen Seite die sozialen Wohltäter, auf der andern Seite die Sparer, welche den Ärmsten das Überleben neiden.

Wenn man die Fakten betrachtet, dann muss man sich fragen, warum diese Umlenkung in die Sozialabbaudiskussion erfolgte. Ist es blanker Unverstand, ist es ein Exzess aus Schlamperei und manischer Fixierung, ist der

SP-Pressedienst in gewisse Blätter integriert worden, oder handelt es sich schlicht um wohlkalkulierten Betrug am Publikum?

Die Fakten

■ Zwischen 1980 und 1993 ist bei den Bundesausgaben die soziale Wohlfahrt durchschnittlich um 7,3 Prozent gewachsen. Die Einnahmen des Bundes haben sich im gleichen Zeitraum um 6,3 Prozent erhöht. Das Bruttoinlandprodukt ist durchschnittlich um 5,9 Prozent gewachsen. Wir haben also den Aufwand für soziale Wohlfahrt zu Lasten anderer Sektoren laufend erhöht. Insbesondere haben wir diesen Bereich stärker erhöht, als unsere Einnahmen und unsere Gesamtwirtschaft gewachsen sind.

■ 1970 wurde jeder siebte erwirtschaftete Franken für die Sozial-

versicherung abgezweigt, 1992 war es beinahe jeder vierte Franken.

■ Bei der Einführung der AHV entfielen auf einen Rentenbezüger 9,5 Beitragszahler, heute sind noch 3.

■ Die Belastung durch direkte Steuern und Sozialausgaben ist zwischen 1965 und 1991 in der Schweiz um 76 Prozent gewachsen. Für die OECD und Schweden beträgt diese Kennzahl 61 Prozent.

■ 1992 hat das Parlament für die AHV 590 Millionen Mehrausgaben beschlossen. Mit der Mehrwertsteuervorlage wurden etwa 500 Millionen für die Verbilligung der Krankenkassenprämien vorgesehen. Gleichzeitig erhielt das Parlament die Kompetenz, den Steuersatz um einen Prozentpunkt zur Finanzierung der demographischen Probleme der AHV zu erhöhen (= ca. 1,4 Milliarden).

■ Der Finanzplan des Bundes für 1994 bis 1997 weist in der sozialen Wohlfahrt mit 7,2 Pro-

zent die höchsten Zuwachsraten auf, weit über dem Wachstum der Einnahmen und der Volkswirtschaft. Von Sparen ist also nicht die Rede, zur Diskussion steht lediglich eine Reduktion des Ausgabenwachstums, um etwas weniger auf Pump zu leben. Überhaupt ist jemand, der Geld nicht ausgibt, das er nicht hat, noch kein Sparer.

Können wir uns einen weiteren Ausbau leisten?

Es ist also völlig unsinnig, von Sozialabbau zu reden. Die Frage ist aber, ob wir uns einen weiteren Ausbau leisten können und wie wir das Problem lösen, dass immer weniger Beitragszahler immer grösseren Kosten für Alterssicherung, Krankenversicherung usw. gegenüberstehen. Der Leistungsstandard des heutigen Sozialstaates setzt die Beitragsleistung durch die erwerbsfähige Bevölkerung voraus. Wenn aber fast fünf Prozent wegen Arbeitslosigkeit ausfallen und wenn längerfristig die Zahl der

Erwerbstätigen im Verhältnis zu den Rentnern zurückgeht, dann müssen Probleme entstehen.

Nicht diejenigen, welche sich mit dieser Problematik auseinandersetzen, sind eine Gefahr für den Sozialstaat. Die Totengräber unseres sozialen Netzes sind diejenigen, welche diese Problematik mit Sozialabbauvorwürfen zudecken.

Probleme

1993 betrug das kumulierte Haushaltsdefizit von Bund, Kantonen und Gemeinden rund sieben Milliarden Franken. Es handelt sich um das Rekorddefizit seit dem Zweiten Weltkrieg. Das Defizit des Bundes gemäss Vorschlag 1994 beträgt über sieben Milliarden. Allein über vier Milliarden der Arbeitslosenversicherung sind nicht finanziert.

Gegenwärtig haben wir in der Schweiz fast 190 000 Arbeitslose. Im Weissbuch der EG zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Be-

schäftigung vom 5. Dezember 1993 stehen folgende Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Vordergrund:

- Schrittweiser Abbau des öffentlichen Defizits
- Substantielle Senkung der Lohnnebenkosten (ein bis zwei Prozentpunkte BIP).

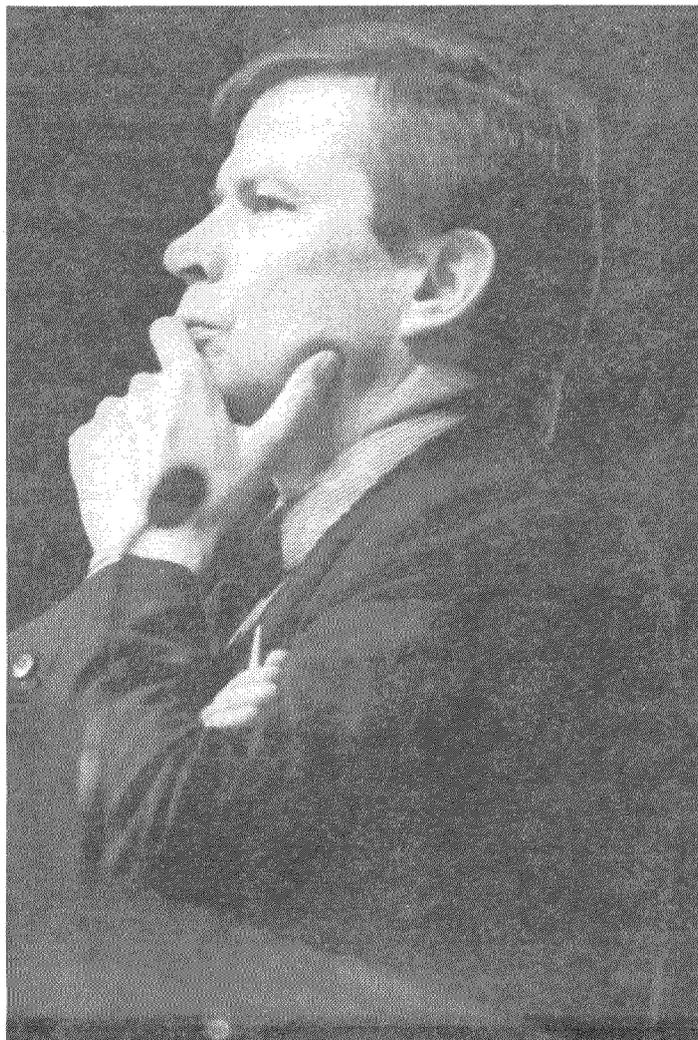
Offenbar hat sich im Ausland herumgesprochen, dass der Sozialstaat auf Pump und hohe Lohnnebenkosten Arbeitsplatzvernichter sind.

Allein für die Lösung der demographischen Probleme von AHV und Krankenkasse – also ohne jeden Ausbau – werden in den nächsten Jahrzehnten Mehraufwendungen von rund fünfzehn Milliarden nötig sein. Der Anteil der Sozialausgaben wird von etwa 28 Prozent des BIP auf rund 33 Prozent steigen. Auf einen Rentner werden zwei Beitragszahler entfallen. Zur Finanzierung müssten die Lohnprozente um rund fünfzig Prozent erhöht werden. Zusätzliche Steuern oder Schulden wären weitere Finanzierungsmöglichkeiten. Alles behindert das Wirtschaftswachstum, das die Finanzierung des Sozialstaates erst ermöglicht.

Trotz diesen Problemen befinden sich zusätzliche Forderungen im Raum, welche zirka sechzehn zusätzliche Lohnprozente auslösen könnten. Es geht um die Vereinheitlichung der Familienzulagengesetzgebung, das garantierte erwerbsunabhängige Mindesteinkommen und die Mutterschaftsversicherung.

Sicherung des Bestehenden im Vordergrund

Aus diesen Tatsachen ist ersichtlich, dass diejenigen, welche mit dem bösen Schlagwort Sozialabbau als giftigem Pfeil im Köcher herumlaufen, wirklich Giftmischer sind. Obwohl das Geldverteilen viel angenehmer wäre, muss jeder vernünftige Mensch einsehen, dass angesichts der finanziell bedingten Krise des Sozialstaates die Sicherung des bestehenden sozialen Netzes im Vordergrund steht und



Franz Steinegger: «Überhaupt ist jemand, der Geld ausgibt, das er noch nicht hat, noch kein Sparer.»
(Photo ruti)

nicht der Ausbau. Wer dies nicht einsieht, betätigt sich entweder als Arbeitsplatzvernichter oder begeht Betrug an der künftigen Generation.

Es ist nicht zu vergessen, dass die im Rahmen umlagefinanzierter Sozialversicherungen erworbenen Ansprüche Wirkungen entfalten, die denen der Staatschuld ähnlich sind. Die Pioniergeneration erhält Leistungen, ohne zuvor Beiträge geleistet zu haben. Diejenigen aber, die diese Leistungen gewähren, die heute Erwerbstätigen, erwerben mit diesen Beiträgen Ansprüche gegenüber zukünftigen Generationen.

Damit wird Solidarität praktiziert, die uns nichts kostet. Wir verteilen Ressourcen, die uns nicht gehören, wohl wissend, dass diejenigen, denen wir etwas wegnehmen, uns nicht in den Arm fallen können, denn sie sind noch nicht geboren.

Der Staat ist kein Gott

Alle, die von Sozialabbau faseln, verheimlichen stets eines: Der Staat ist kein Gott; er kann seine Leistungen nicht durch Handauflegen vermehren, und er hat auch nichts aus eigener Kraft; alles, was er an Bürger verteilen möchte, muss er von – meist eben denselben – Bürgern erst holen. Überdies kann er nur mittels immer mehr Bürokratie als Wohltäter tätig sein.

Wenn man deshalb die jüngste Sozialabbaudiskussion Revue passieren lässt, dann kommt einem ein Ausspruch von Kenneth Boulding in den Sinn:

«Gute Absichten sind keine Entschuldigung für schlechte Ergebnisse, und die Arroganz des ignoranten Wohltäters unterminiert die Notwendigkeit, wirklich Gutes zu tun, ohne die eine Gesellschaft nicht sehr lange bestehen kann.»

VORANZEIGE

Wege aus der Arbeitslosigkeit

Der erste Teil der ordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 15./16. April 1994 in Brunnen SZ wird sich schweremässig mit dem Thema Arbeitslosigkeit auseinandersetzen. Die Problematik wird dabei offen und umfassend angegangen werden. Ziel ist die Verabschiedung eines Positionspapiers der FDP, das gangbare Wege aus der Arbeitslosigkeit aufzeigen soll. Im zweiten Teil werden die Abstimmungsvorlagen vom 12. Juni 1994 behandelt. Dabei geht es um den Kulturförderungsartikel, um eine Revision der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung zur erleichterten Einbürgerung für junge Ausländer sowie um die Blauhelmvorlage. ■

Hundert Jahre FDP

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) wurde am 25. Februar 1894 formell gegründet. Die Partei wird dieses Jubiläum am 17. September in Olten, dem Gründungsort, mit einem Volksfest feiern.

343 freisinnige Delegierte aus den Kantonen versammelten sich am 25. Februar 1894 in Olten unter dem Vorsitz des Basler Ständerates Göttscheim, des ersten Zentralpräsidenten, und berieten und verabschiedeten einstimmig ein «Statut», das die Bestimmung des Standortes und des Zwecks der Partei wie folgt umschreibt:

«Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz bezweckt die Pflege und Förderung des eidgenössischen Staatsgedankens und die demokratisch-fortschrittliche Entwicklung der Institutionen des Bundes.

Sie widmet darum ihre Tätigkeit insbesondere den sozialen Reformen und nimmt entschiedene Stellung gegen jene Bestrebungen, die auf die Zerstörung der Grundlagen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens abzielen.

Sie bekämpft die Übergriffe des Ultramontanismus und die

reaktionären Tendenzen jeder Art.»

Wegbereiter der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz waren im 19. Jahrhundert nicht nur die 1878 gegründete Radikal-demokratische Fraktion der Bundesversammlung sowie bereits bestehende kantonale Organisationen. Wegbereiter waren vor allem Vorläufervereine als Sammelbecken liberaler und radikaler Strömungen.

Die Schaffung des freiheitlichen Bundesstaates von 1848 ist eine Leistung des frühen Freisinns, und zur Revision der bis heute gültigen Bundesverfassung von 1874 mit u. a. dem Ausbau der demokratischen Volksrechte hat er entscheidend beigetragen. Der unbestrittene Aufschwung der Schweiz im 19. Jahrhundert ist aufs engste mit diesen Errungenschaften verbunden.

Mit ihren politischen Grundsätzen der freien Entfaltung des Menschen in Verantwortung ge-

genüber Mitmensch und Gesellschaft und ihren liberalen Antworten auf die zeitgenössischen Probleme und Aufgaben vermag sie Schweizerinnen und Schweizer aller Regionen und Sprachgruppen, heute rund 150 000 in 25 Kantonalparteien (ausgenommen lediglich der traditionell konservative Halbkanton Appenzell AI) und in rund 1900 Ortssektionen organisierte Mitglieder sowie Angehörige ihr nahestehender Organisationen anzusprechen.

Die FDP der Schweiz nimmt das Ereignis des Hundert-Jahr-Jubiläums zum Anlass für eine

grosse Feier in diesem Sommer, am 17. September, in Olten, dem Gründungsort der Partei. Ein detailliertes Programm für die Festlichkeiten in Olten wird Ende März vorliegen und zusammen mit den Einladungen an alle Ortsparteien verschickt werden.

Im Hinblick auf den Festtag in Olten wird eine von zahlreichen Autorinnen und Autoren getragene Festschrift erscheinen. Sie wird die bereits vorliegenden Darstellungen zur freisinnigen Parteigeschichte von Ernst Steinmann (Bern, 1955) und Eugen Dietschi (Bern, 1979) ergänzen.

Kontinuität und Wandel

Der Zusammenschluss der staatstragenden freisinnigen Kantonalparteien am 25. Februar 1894 zur FDP Schweiz offenbart sich heute als Ereignis mit vier Gesichtern: Erstens war die neue/alte Partei das Pendant zu den längst gesamtschweizerisch agierenden Wirtschaftsverbänden. Zweitens war sie das liberale Gegengewicht zur jungen SP. Und drittens markiert 1894 den Beginn einer eigenständigen freisinnigen Sozialpolitik. Das politische Umfeld – und das ist das vierte Ereignis – war damals gekennzeichnet durch den Beginn der Konkordanz. Alles Themen, die noch heute aktuell sind.

FDP-Generalsekretär
Christian Kauter



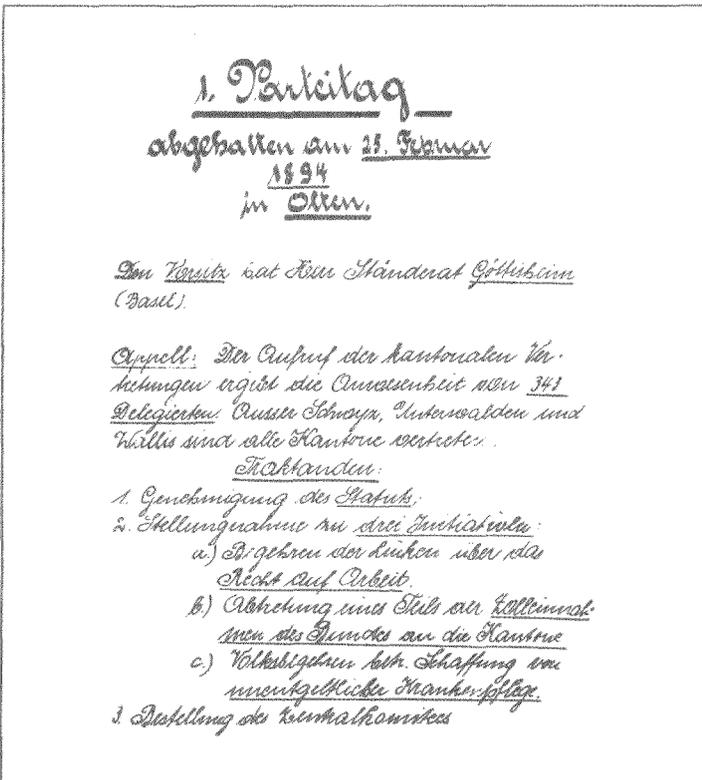
In den ersten Jahrzehnten nach 1848 war die schweizerische Politik geprägt von der faszinierenden Idee des Bundesstaates: Die freisinnigen Parlamentarier fühlten sich primär als dessen Väter und wachten engagiert darüber, dass der Bund die ihm von den Kantonen übertragenen Aufgaben im Interesse der Auftraggeber erfüllte. Sie waren Kantonsvertreter und erst in zweiter Linie National- und Ständeräte.

Themen der Gründerzeit

1894 hatte die Wirtschaft die Akzente längst neu gesetzt: 1869 war der Handels- und Industrieverein, zehn Jahre später der Schweizerische Gewerbeverein gegründet worden. Sie signalisierten, dass der Kantonalismus überwunden und die mit Eisenbahnen erschlossene Welt ein selbstbewusstes gesamtschweizerisches Auftreten erforderte. 1878 setzte sich diese Erkenntnis auch bei freisinnigen Bundespolitikern durch:

Sie überschritten die kantonale Begrenztheit und gründeten im 31. Jahr des Bundesstaates endlich eine Fraktion.

Die Opponentengruppe der jungen Sozialdemokraten war



Protokoll des ersten Parteitag.

unbelastet von Kantonalismus und suchte als schweizerische, nicht als kantonale Kleinstpartei Gewicht zu erlangen, was ihr nach zwei Fehlversuchen 1888 gelang. Von da an war die Sozialpolitik ein zunehmend wichtiges Thema. Die den Bundesstaat ablehnenden Katholisch-Konservativen (die Freisinnigen nannten sie «Ultramontane», weil sie angeblich eine Politik betrieben, die jenseits der Berge in Rom gemacht wurde) akzeptierten nach dem Aussterben der Sonderbundsgeneration den neuen Staat und wurden 1892 mit dem ersten Bundesratsstitz «belohnt».

Die Wahl eines Katholisch-Konservativen war Ausdruck einer versöhnlichen Grundstimmung in der Bevölkerung: In Neuenburg und im Tessin (hier nach einem bewaffneten Aufstand der Freisinnigen) wurde 1891 das Proporzwahlverfahren eingeführt, das den Minderheiten endlich eine Wahlchance verschaffte.

Themen sind geblieben

Nach hundert Jahren haben sich die Verhältnisse gewandelt. Geblieben sind die vier Themen von 1894. Erstens haben wie damals in der Innenpolitik die Wirtschaftsverbände (Arbeitgeber und Gewerkschaften) mehr Gewicht als die Parteien. 1947 schafften sie den Sprung in die Bundesverfassung – die Parteien warten weiterhin. Dabei tragen die Parteien bei der Meinungsbildung die Hauptlast. Die Dominanz der Verbände offenbart sich in den Abstimmungskämpfen: Nur wenn es um existentielle Wirtschaftsfragen geht, stehen die Mittel für die zeitgemässe Aufklärungsarbeit zur Verfügung. Kulturelle oder staatspolitische Themen darben, erzielen niedrige Stimmbeteiligungen und verlieren im öffentlichen Bewusstsein an Gewicht.

Zweitens: Der Antagonismus FDP - SP prägt die Politik auch heute. Gegenwärtig steht nicht die Sozialpolitik an sich, sondern deren Ausgestaltung zur Debatte. Dabei traut die FDP den Verträgen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften mehr als immer neuen Gesetzen. Vor allem misst sie der Sicherheit des Erreichten

das Hauptgewicht zu und lehnt die mit Schulden finanzierten Anbauten an den Sozialstaat vorerst ab. Freisinnige Sozialpolitik (eine Zielsetzung der Gründungsversammlung von 1894) hiess schon immer auch an die künftigen Generationen denken und ihnen Sicherheit geben. Es ist schierer Egoismus, wenn wir heute unsere Wünsche auf Kosten der Zukunft befriedigen.

Am rechten Rand des Parteienspektrums sind neue Gruppierungen aufgetaucht. Die FDP aber ist das Sammelbecken der liberalen Mitte geblieben, als welches sie vor hundert Jahren gegründet wurde. Die Berührungspunkte mit den ehemaligen Katholisch-Konservativen haben sich mit den konfessionellen Ausnahmeartikeln in Luft aufgelöst. Die CVP ist ein verlässlicher Partner in der Mitte geworden und versucht unter dem Titel Familienpolitik den Spagat zwischen links und rechts. Die FDP aber deckt bewusst die ganze Breite des politischen Spektrums ab. Gerade darum wird ihr hohe Problemlösungskompetenz zu gebilligt – gegenwärtig in der für unser Land so wichtigen ökonomischen Frage.

Das erste Jahrhundert der FDP hat dem Land die Konkordanz und damit eine weltweit einzigartige Prosperität beschert. Die Konkordanz ist zum Zankapfel der Polarisierung geworden. Allerdings wird leicht übersehen, dass sie Dämme aufgebaut hat, die eingerissen werden müssen, wenn man die Konkordanz auflösen will: Proporz, Machtteilung, Friedensabkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Allparteien-Gremien bis hinunter zur Rechnungsprüfungskommission in der kleinsten Gemeinde. Vor allem stützt sich Konkordanz auf die Volksrechte. Solange das Volk nicht nur bei Wahlen, sondern auch bei Abstimmungen das letzte Wort hat, ist die Berücksichtigung vieler Ansichten ein Muss – auch für monokolore Regierungen.

Wie alle andern hat die FDP auch dieses heikle politische Thema angepackt. Sie wird es bis zu seiner Lösung in der Hand behalten – und sollte es weitere hundert Jahre dauern. ■

KOLUMNE

Wahlen als Tummelplatz von «Exoten»



In den schweizerischen Grossstädten im allgemeinen und in Zürich im besonderen hat der *politische Zeitgeist* immer besonders stark ausgeschlagen. Schon der Landesstreik 1918, sodann die Fröntlerbewegung 1933 und nach dem Zweiten Weltkrieg der «Ostwind» mit der Partei der Arbeit und dem «Moskowiter» Edgar Woog als Kurzstadtrat nahmen in Zürich die extremsten Formen an. Das heutige politische Klima ist durch zwei Phänomene gekennzeichnet: durch eine stärkere Polarisierung und durch das vermehrte Auftreten von parteimässig nicht gebundenen Kandidaten oder sogar von politischen «Exoten».

Es hat zwar auch bei den Bundesratswahlen immer wieder Einzelgänger gegeben, die keine Hemmungen hatten, sich selbst als den besten aller möglichen Landesväter vorzuschlagen. Aber das machte wenig Aufhebens. In Zürich hingegen wurde den um den Stadtrat kandidierenden «Exoten» wie der Kunigunde Grätzer und den Müllern III und IV, eine derartige *Publizität* eingeräumt, dass der Wahlkampf fast zur Persiflage wurde. Als völlige Entgleisung muss der Versuch bezeichnet werden, mit einem zweiten Stadtpräsidenten-kandidaten gleichen Namens die Wahlchancen des bürgerlichen Anwärters zu schmälern.

Die unüberseh- und oft auch *unüberhörbare Schärfe* des gegenwärtigen Wahlkampfes in Zürich ist vor allem durch den hohen Preis bedingt: Es geht um die Mehrheit im Stadtrat (Exekutive) und im Gemeinderat (Parlament). In den bisherigen Zürcher Gemeindewahlen hat sich ein leichter Rutsch nach rechts abgezeichnet. Wird er ausreichen, um die rot-grüne Mehrheit in beiden oder wenig-

stens in einem der beiden Gremien zu brechen?

Zürich hat zweifellos einen Wechsel nötig, um aus dem bau- und wirtschaftsfeindlichen Klima der letzten vier Jahre herauszukommen. Es braucht eine konsequentere stärkere Hand, um das Finanzschlamassel bereinigen zu können, das bei weitem nicht nur auf die Rezession zurückzuführen ist. Nur eine festere Haltung und bessere Zusammenarbeit mit den übrigen Gemeinden, mit Kanton und Bund lässt auch auf eine Verbesserung der Drogensituation hoffen.

Dass bei der deutlichen Kritik an der bestehenden Führung oft die Fetzen fliegen, kann nicht erstaunen – und ist auch nicht neu. Aber es gibt doch *Auswüchse*. Stadträtin Ursula Koch, die starke Frau in der rot-grünen Koalition, weigert sich beispielsweise, zusammen mit Stadtratskandidat Gody Müller von der SVP an den gleichen Tisch zu sitzen. Sie habe zwar nichts gegen ihn persönlich, aber sie protestiere damit gegen die an 1933 erinnernde Kampagne der SVP, mit der die FDP ein Wahlbündnis eingegangen sei. Das führte an einer Wahlveranstaltung des Zürcher Pressevereins zur grotesken Situation, dass Frau Koch im Publikum sitzenblieb, bis der vorzeitig an eine andere Wahlveranstaltung weggehende SVP-Kandidat sich verabschiedet hatte.

Die bürgerlichen Parteien in die Nähe der Fröntler und Nationalsozialisten bringen zu wollen ist zwar keine neue – aber eine selten gewordene – Verunglimpfung durch die Linke. Man kann manches am politischen Stil der SVP-Inserate bemängeln. Aber das Bekenntnis zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit von SVP auch nur verdeckt anzuzweifeln kann nicht anders denn als *üble Verleumdung* bezeichnet werden. Und wenn Frau Koch dies benützt, um je nach Bedarf aufzutreten, so kommt dies einem «Affentheater» gleich.

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen

Das «Offenbacher Modell»

Private Unternehmen werden auf Grund der Markt-signale gezwungen, sich schnellstmöglich den neuen Gegebenheiten anzupassen. In rezessiven Zeiten stehen beispielsweise Restrukturierungen, Kosteneinsparungen, Sortimentswechsel sowie Verkäufe, Auslagerungen oder gar Schliessungen von Produktionsstätten auf der Liste der möglichen Massnahmen. Obschon Gebietskörperschaften der Gemeinden und Kantone ebenfalls einem gewissen Wettbewerb ausgesetzt sind, hört man hier nur wenig über notwendige Reformen oder Anpassungen an die Bedürfnisse des Marktes. Liegt dies daran, dass den Verantwortlichen die Ideen fehlen, oder besteht kein Potential zu Veränderungen?

◊ Sven Bradke*

Solange unsere Gemeinden eine ausgeprägte Rechtsautonomie besitzen, stehen sie in einem direkten Wettbewerb zu anderen Gebietskörperschaften. Standortfaktoren wie die Energie- und Wasserpreise, die Abfallbeseitigungskosten, die Höhe der Steuern, die Erschliessung für den privaten und öffentlichen Verkehr, die schulischen Einrichtungen, die Bodenpreise, die Verwaltungseffizienz usw. sind massgebliche Wettbewerbskriterien. Alle Faktoren zusammen ergeben die allgemeine Attraktivität einer Ortschaft.

Je nach Ausprägung dieser Faktoren ergeben sich unterschiedliche Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen, die sich im Verlaufe der Zeit positiv oder negativ verändern können. Im Gegensatz zur unternehmerischen Tätigkeit verlaufen die Veränderungsprozesse jedoch eher langsamer. Dabei besteht die Gefahr, dass die notwendigen Reformen gar nicht oder erst zu spät erkannt werden.

«Offenbacher Modell»

Die deutsche Stadt Offenbach hat vor wenigen Jahren die entwicklungspolitische Notbremse ziehen müssen. Eine Fortschreibung der bisherigen Politik hätte zu katastrophalen Auswirkungen

* Leiter Wirtschaft und Öffentlichkeit der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, FDP-Präsident der Stadt St. Gallen.

geführt. Was war geschehen? Auf Grund der Schliessung verschiedener Betriebe der Lederindustrie gingen in der Stadt zahlreiche Arbeitsplätze verloren. Die Einnahmen aus der Unternehmensbesteuerung sanken, während sich gleichzeitig die Anzahl der Subventionsempfänger immer mehr vergrösserte. Dieselbe Entwicklung veranlasste viele Bürgerinnen und Bürger der Mittelschicht, die 117 000 Einwohner zählende Stadt zu verlassen. Diese schleichende Erosion der Standortattraktivität hinterliess ihre Spuren im Haushalt. Jährliche Defizite, verbunden mit immer grösseren Schulden, waren die finanziellen Auswirkungen dieser sozio-demographischen Entwicklung. Die sozialdemokratische Regierung wurde gezwungen, radikale Massnahmen einzuleiten.

Radikale Reformen

Zur Stabilisierung der Ausgabenseite wurden mehrere Schwimmbäder geschlossen oder verkauft, das Fussballstadion dem Fussballverein geschenkt, das Mehrspartentheater vorübergehend stillgelegt, der soziale Wohnungsbau gestoppt, Einstellungen verboten sowie Müllabfuhr, Strassenreinigung und andere öffentliche Dienstleistungen privatisiert oder per Submission vergeben. Alle Verwaltungsbereiche wurden nach betriebswirtschaftlichen Methoden durchgeforschet, während gleichzeitig anreizorientierte Strukturen geschaf-

fen wurden. Diese Sanierung führte innert kürzester Zeit zu einer Stabilisierung des Haushalts sowie zu einer Reduktion des Verwaltungspersonals um fast fünfzig Prozent.

Als Massnahme zur Verbesserung der Einnahmenseite wurde eine aktive Ansiedlungspolitik verfolgt, um damit einerseits die Gewerbesteuererinnahmen zu erhöhen und andererseits mehr Einwohner der Mittelschicht in die Stadt zu bekommen. Basierend auf den Erfolgsfaktoren der günstigen Verkehrsverbindungen zu Frankfurt, den billigeren Bodenpreisen sowie den dreimonatigen Bewilligungsverfahren bei Investitionsvorhaben werden derzeit rund 10 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Diese immense Zahl ist unter anderem auf eine aktive Bewerbung der Banken zurückzuführen. Mit dem Argument, Backoffice-Aufgaben doch besser in Offenbach als im teuren Frankfurt ausführen zu lassen, konnten zahlreiche moderne und wertschöpfungsstarke Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich geschaffen werden. Parallel dazu wurden Landreserven bereitgestellt, um die neuen Arbeitnehmer auch in der Stadt ansiedeln zu können.

Verwaltungsreform

Die Verwaltung wurde trotz beamtenrechtlicher Anstellung leistungsorientiert gestrafft. Um das Kostenbewusstsein zu fördern, wird die Budgetverantwortung heute dezentral delegiert, während eine unabhängige Kontrollstelle permanent die Vorgaben überprüft und allenfalls interveniert.

Anstatt eines Stellenplans wurden Bruttopersonalkosten vereinbart. Bei der Übernahme von Mehrarbeit wegen Nichtbesetzung von Abgängen können den betroffenen Beamten mittels dieser Massnahme jetzt Leistungslöhne ausbezahlt werden. Obschon die Belegschaft heute um fast fünfzig Prozent reduziert

wurde, arbeitet sie nach Aussagen der Verantwortlichen effizienter, marktbewusster und motivierter.

Wie weiter?

Das «Offenbacher Modell» belegt, dass auch auf der Stufe der Gemeinden viele Ressourcen verschwendet werden. Der Beweis, dass unternehmerische Elemente, gekoppelt mit Privatisierungen und Deregulierungen, zu wettbewerbsfähigeren Strukturen führen, wird mit diesem Modell erbracht. Aufgezeigt werden konnte auch der Wettbewerb zwischen den Rahmenordnungen. Stimmen die Parameter, dann können entsprechende Unternehmen auch angesiedelt werden. Eine private oder öffentliche Wirtschaftsförderung nützt folglich erst dann etwas, wenn in der Gebietskörperschaft auch die wirtschaftlichen Eckwerte stimmen.

Zur Verbesserung der Standortattraktivität sind die Gebietskörperschaften folglich aufgerufen, eine präzise sozio-demographische Lage- und Prozessanalyse zu unternehmen und anschliessend eine längerfristige Strategie zur Ausrichtung der rechtlichen Rahmenordnung auszuarbeiten. Einzelmassnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsordnung nützen dabei wenig. Wichtig ist hingegen das Zusammenspiel der für die jeweilige Strategie relevanten Parameter.

Zahlreiche Schweizer Gemeinden könnten eine ähnliche Politik wie die Stadt Offenbach betreiben. Entscheidend dazu ist allerdings der politische Wille sowie die notwendige Führung der Verantwortlichen. Ein Murren über erodierende Steuereinnahmen bei wachsenden Staatsaufgaben nützt wenig. Gefragt ist eine aktive Wirtschaftspolitik, die zum sparsamen Einsatz von öffentlichen Geldern bei optimaler Staatsverantwortung führt. ■

Gleichstellungsgesetz: Positives Zeichen für Wählerinnen setzen

Klare Worte richten die FDP-Frauen des Kantons Zürich an die Adresse von Nationalrat Pascal Couchepin, Präsident der FDP-Fraktion. In einem Brief ersuchen sie die freisinnige Fraktion dringend, das Gleichstellungsgesetz zu unterstützen und damit ein Jahr vor den Nationalratswahlen ein positives Zeichen für die Wählerinnen zu setzen.

Der Brief der FDP-Frauen des Kantons Zürich hat folgenden Wortlaut:

«Sehr geehrter Herr Fraktionspräsident

Die Diskussion um das Gleichstellungsgesetz und insbesondere die ablehnende Haltung freisinniger Nationalräte sind für die freisinnigen Frauen sehr befremdend.

Nach Jahren der Frauendiskriminierung wurde 1981 neben

dem allgemeinen Gleichbehandlungsgebot der Grundsatz des gleichen Lohnes für gleiche oder gleichwertige Arbeit in der Bundesverfassung verankert. Auch bürgerliche Kreise und namentlich die FDP stimmten damals diesem Verfassungsartikel zu. Für korrekte und verantwortungsbewusste Arbeitgeber ist es heute selbstverständlich, die Arbeitnehmerinnen nicht zu diskriminieren und sie nach ihrer



Positives Zeichen für FDP-Wählerinnen setzen. (Photo ruti)

Leistung und nicht nach dem Geschlecht zu entlohnen. Und ebenso selbstverständlich ist es heute, in den Betrieben auf ein Arbeitsklima zu achten, das den Geboten der Sittlichkeit entspricht. Ein korrekter Arbeit-

geber muss sich weder vor dem Grundsatz noch vor den nun beabsichtigten Präzisierungen im Gleichstellungsgesetz fürchten. Es ist daher für uns unverständlich, weshalb Vertreter der FDP-Fraktion so vehement gegen dieses Gesetz kämpfen. Sie erwecken damit bei den Frauen den fatalen Eindruck, sie wollten die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern schützen.

Wir ersuchen die FDP-Fraktion dringend, das Gesetz zu unterstützen und damit ein Jahr vor den Nationalratswahlen ein für die weibliche Wählerschaft positives Zeichen zu setzen.»

Unterzeichnet ist der Brief von *Eva Wagner*, Präsidentin der FDP-Frauen des Kantons Zürich.

SVFF

Frauen zwischen Familie und Beruf

Einladung zur Jahrestagung am 27./28. Mai 1994 in Baden

TAGUNGSPROGRAMM

Freitag, 27. Mai 1994, Gemeinschaftshaus Martinsberg

17.15 Uhr Begrüssung: Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin ZH
Präsidentin Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen

17.30 Uhr Referat von Prof. Rita Süßmuth
Präsidentin des Deutschen Bundestages:
Frauen zwischen Familie und Beruf

18.00 Uhr Referat von Anita Calonder Gerster
Betriebspsychologin IAP/SFP
Qualifizierte Leistungen im Umfeld der Familie, Transfer in die Berufswelt

18.30 Uhr Podiumsdiskussion erster Teil

Familienarbeit – Freiwilligenarbeit – Lohnarbeit

Wertschätzung und Erfahrung anhand von Projekten aus den Bereichen:

Familie: Anita Calonder Gerster, Betriebspsychologin IAP/SFP

Gesundheit: Lotti Pfister, dipl. Psychologin, Geschäftsleiterin Rotes Kreuz, Sektion Zürich

Elternbildung: Aki Senn-Maier, Mitglied Aargauische Erwachsenen- und Elternbildung

Gemeinnützige Arbeit: Karin Mercier, Vizepräsidentin Schweiz. Gemeinnütziger Frauenverein

Gesprächsleitung: F. Frey-Wettstein, Kantonsrätin ZH

Anschliessend Diskussion

19.30 Uhr Ende des ersten Teils

Apéro und Nachtessen

Begrüssung durch Arthur Zeller, Präsident der FDP des Kantons Aargau

«Politik zum Schmunzeln»

von Christina Egerszegi-Obrist, Kantonsrätin AG

Besonders am Freitag sind Männer herzlich willkommen!

Samstag, 28. Mai 1994, Hotel Verena Hof

9.00 Uhr Kaffee und Gipfeli

9.30 Uhr Begrüssung durch die Tagungspräsidentin Ursula Zollinger-Keller, Kantonsrätin AG

9.35 Uhr Podiumsdiskussion zweiter Teil
Die Teilnehmerinnen stellen Thesen vor, die als Unterlagen für die Arbeitsgruppen dienen.

Kurze Diskussion und Klärungsfragen aus dem Publikum.

10.15 Uhr Gruppenarbeit: Umsetzung der Thesen in die politische Arbeit

11.30 Uhr Plenum

12.30 Uhr Ende der Tagung, Schlussapéro

Bei genügend Anmeldungen: Simultanübersetzung ins Französische.

Freitag mit Apéro

Fr. 40.–

Freitag mit Apéro und Nachtessen

Fr. 80.–

Ganzes Programm Freitag/Samstag

Fr. 90.–

(inkl. Kaffee und Gipfeli, aber ohne Getränke)

Übernachtungen im Hotel Verena Hof Baden mit Frühstück: Einzelzimmer Fr. 150.–/Doppelzimmer Fr. 230.–. Dépendance: mit Dusche und Frühstück: Einzelzimmer Fr. 90.–/Doppelzimmer Fr. 160.–

Anmeldung bis 15. April 1994 an: Claire Bajna-Zbinden, Im Glockenacker 53, 8053 Zürich, Tel. (01) 381 98 50, Fax: (01) 825 57 44.

Ein Blick zurück

«Mit etlichem Schmunzeln» hat Rosmarie Kull-Schlappner im Altersheim in Olten Artikel zum Thema Frauenförderung im «Freisinn» gelesen; und es war ihr, als sei sie vierzig Jahre zurückversetzt. Als «hübsche Reminiszenz» schickte sie der Redaktion ein Heft mit Artikeln über die freisinnige Frauengruppe in Solothurn aus den fünfziger Jahren. Das Heft verlockt zu einem Blick vierzig Jahre zurück, als «wir Frauen uns fast gar nicht getrauten, ins Lampenlicht zu treten».

AMK. Bei der Lektüre der Artikel erstaunt, wie pragmatisch und mit welchem politischen Sinn die Frauen ihr Neuland betraten. Gleich nach ihrer Gründung beantragten sie der Kantonalpartei Statutenänderungen, um ihre Mitwirkung zu festigen, sie delegierten Frauen in Ausschüsse, sie informierten sich über das Steuerwesen und das Jugendstrafrecht, berieten über die Mutterschaftsversicherung (!) und na-

türlich das Frauenstimmrecht, kritisierten, dass der Bundesrat eine Verordnung über zivile Schutz- und Betreuungsorganisationen erlassen habe, ohne sie als Betroffene überhaupt anzuhören, und beschlossen darauf eine Eingabe.

Erfolg

Die Gründung der ersten Frauengruppe in Solothurn war offenbar ein Erfolg. So wird berichtet:

«Eine stattliche Zahl von Frauen jedes Standes und Alters und auch interessierte Männer fanden sich in der «Krone» ein. Man spürte den aufgeschlossenen Geist und den guten Willen, am Geschicke der Partei Anteil zu nehmen.»

Dann begrüßte der städtische Parteipräsident Luder die Frauen «und versicherte sie des lebhaften Interessens ihrer Anliegen seitens der Männerpartei. Der Staat sind wir alle, Männer und Frauen! Wirtschaftliche Probleme, Schulfragen und Fürsorgertätigkeit berühren die Kreise der Frau, und es ist wichtig, dass sie sich da, wo frauliche Einfühlung und Rat von Gutem sind, zur Verfügung stellt.»

Stimmrecht innerhalb der Partei

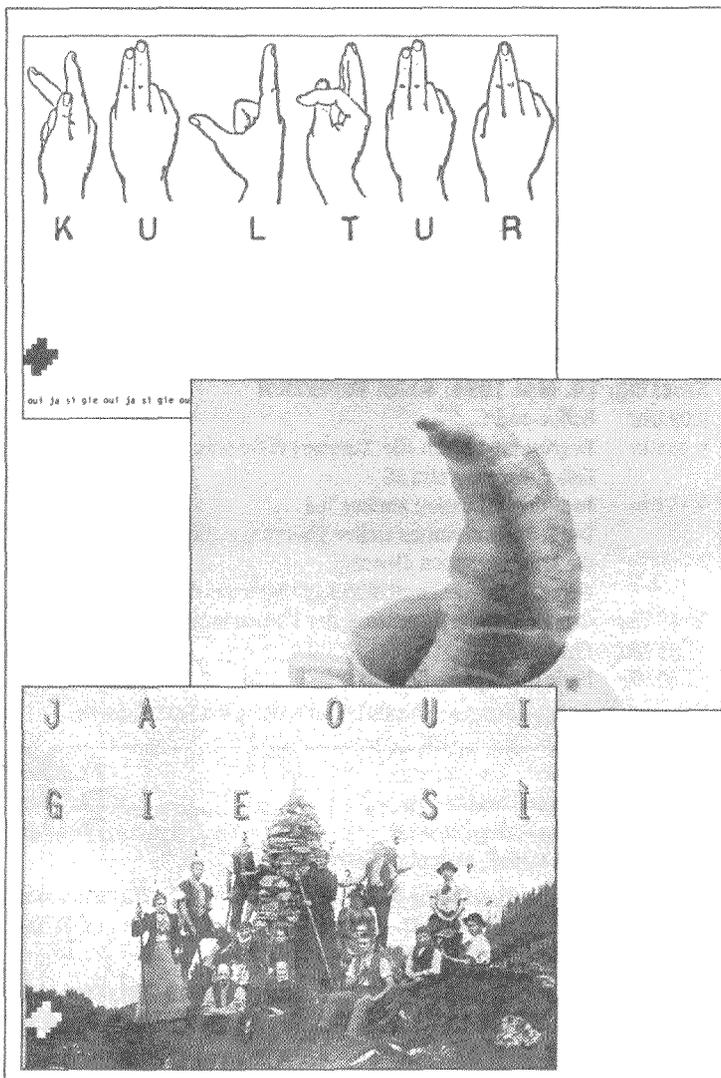
Und was meinte NZZ-Redaktor Diggelmann in seinem Vortrag zum Thema «Frau und Freisinn»? Der liberale und menschlich freiheitlich gesinnte Staat

brauche die Mitarbeit der Frauen. Darum sei das Recht auf freisinnige Frauengruppen gegeben. «Theorie und Programm des Freisinns schliessen die Frau mit ein.» Mit Erstaunen erfährt man, dass die Frauen in der Stadtpartei Zürich innerhalb der Partei das Stimm- und Wahlrecht hatten.

Schon damals waren die freisinnigen Frauengruppen schweizerisch zusammengeschlossen, «und über die Ländergruppen der freiheitlichen Länder spannt sich die Liberale Weltunion mit ihrem Frauenausschuss», wie Frauen zu berichten wussten.

Gosteli-Archiv

Rosmarie Kull-Schlappner, die selber die Solothurner Frauenzentrale präsidiert hatte, will nun das Heft ins Gosteli-Frauenarchiv in Worblaufen senden. Eine Gelegenheit, hier auf diese wichtige Institution hinzuweisen. ■



Exklusives Angebot

Am 12. Juni 1994 stimmen wir darüber ab, ob ein Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung verankert werden soll. Im Hinblick darauf hat sich ein überparteiliches «Komitee für eine kreative Schweiz – Ja zum Kulturförderungsartikel» gebildet. Mit dabei ist auch die FDP, spricht sich die Partei doch in ihrem Programm für einen Verfassungsartikel aus.

Das Komitee lanciert nun eine originelle, eigenwillige, eigens auf diese Abstimmung hin konzipierte Kartenserie, welche «Freisinn»-Leserinnen und -Leser gesamtschweizerisch als erste bestellen können.

1 Set von 16 Karten erhalten Sie inklusive Versandkosten zum sensationellen Preis von nur Fr. 20.–. Da es sich aber um einen Abstimmungskampf handelt, darf der Betrag auch aufgerundet werden.

Talon

Ich bestelle

___ Ex. Kartenset des «Komitees für eine kreative Schweiz – Ja zum Kulturförderungsartikel» à 16 Karten zum Preis von Fr. 20.–

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Die Lieferungen erfolgen ab Mitte März 1994.

Talon bitte einsenden oder faxen an:

Komitee für eine kreative Schweiz – Ja zum Kulturförderungsartikel, Kartenaktion, Postfach 1211, 3072 Ostermundigen, Fax (031) 301 75 85.

FDP-STANDPUNKT

EU-Beitritt nicht als Ziel

In der Debatte der eidgenössischen FDP-Fraktion über den Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik wurde darauf hingewiesen, dass der Bericht kein Integrationsbericht ist, sondern die Position der Schweiz im internationalen Umfeld insgesamt analysiert und wertet. Die FDP-Fraktion würde es daher als verfehlt betrachten, die Auseinandersetzung allein über die Eu-

ropapolitik zu führen. Die Fraktion erachtet den aussenpolitischen Bericht als wertvolle Diskussionsgrundlage und nimmt ihn zur Kenntnis, mit einer Einschränkung: Für die freisinnigen National- und Ständeräte bildet ein schweizerischer Beitritt zur Europäischen Union (EU) lediglich eine mögliche strategische Option unter anderen und nicht ein strategisches Ziel. Bilaterale Verhandlungen mit der EU stellen nach der Ablehnung des EWR-Vertrages eine klare Priorität dar. Eine einseitige Ausrichtung auf eine Mitgliedschaft der Schweiz bei der EU lehnt die FDP-Fraktion ab.

Die FDP-Fraktion nimmt damit auch den Bericht zur Neutralität zur Kenntnis. Auch hier weisen die Freisinnigen drauf hin, dass der Bericht nicht nur europapolitische Aspekte, sondern ebenso aussenpolitische aufweist. Der Bundesrat hält darin klar an der Aufrechterhaltung der dauernden und bewaffneten Neutralität fest. Die Freisinnigen

teilen die Ansicht des Bundesrates, dass die Neutralität den Interessen der Schweiz zu dienen habe. Angesichts des sich stark verändernden internationalen aussen- und sicherheitspolitischen Umfeldes bildet der Bericht nicht nur eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion der Neutralität, sondern auch eine Leitlinie für die sich stellenden politischen Fragen. ■

INSERTIONSTARIF

Druckunterlagen

Schwarzweiss- und Anzeigen mit Buntfarben:
Seitenverkehrte Positivfilme (5% Lichtpunkt)
Reprofähige Aufsichtsvorlagen (10% Lichtpunkt)
Farbmuster

Litboherstellungskosten sind im Inseratpreis nicht inbegriffen.

Anzeigenformate

In mm Breite x Höhe

1/1	1/2	1/4	1/8
188x282	92x282	44x282	44x140
	188x140	92x140	92x 69
		188x 69	

Effektive Nutzbreite

1sp.	44 mm
2sp.	92 mm
3sp.	140 mm
4sp.	188 mm

Beilagen

Technische Angaben auf Anfrage.
Anlieferung franko Domizil.

Anzeigenabschlüsse

Laufzeit 1 Jahr. Format- und Sujetwechsel möglich.

Lieferadresse für Druckunterlagen:

KRETZ AG, Postfach, CH-8704 Herrliberg

INSERTIONSTARIF 1994

Preise in SFr.

Inserate Grösse	Grundpreis		Rabatte	
	1x	3x (5%)	6x (10%)	11x (15%)
1/1 Seite s/w	7650.—	7267.50	6885.—	6502.50
1/2 Seite s/w	4000.—	3800.—	3600.—	3400.—
1/4 Seite s/w	2090.—	1985.50	1881.—	1776.50
1/8 Seite s/w	1050.—	997.50	945.—	892.50

mm-Abschlüsse

Annoncen mm	7.65	1000 mm	5%
Reklame mm	15.95	2000 mm	10%
		4000 mm	12,5%
		6000 mm	15%

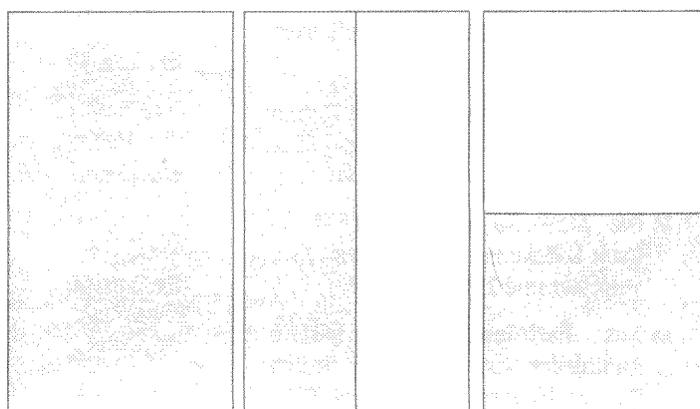
Beilagen

Auf Anfrage.

Zuschläge

Pro Sonderfarbe Fr. 576.—
(FDP-Blau, FDP-Rot) Fr. 407.—

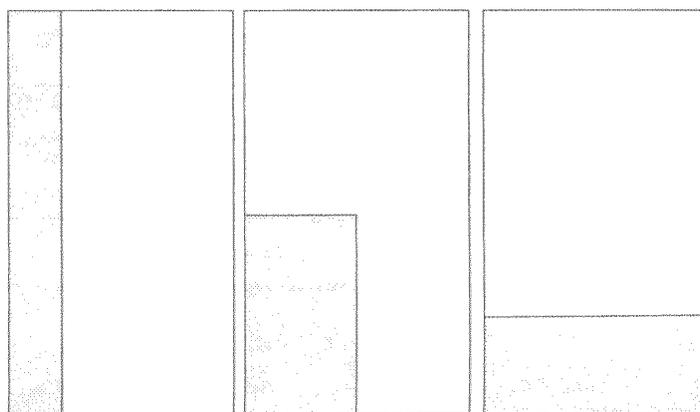
Platzierung: 10% des Nettopreises



1/1
188x282

1/2
92x282

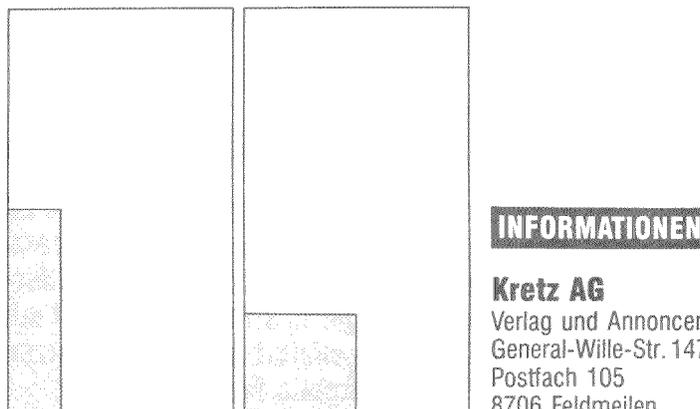
1/2
188x40



1/4
44x282

1/4
92x140

1/4
188x69



1/8
44x140

1/8
92x69

INFORMATIONEN

Kretz AG

Verlag und Annoncen
General-Wille-Str. 147
Postfach 105
8706 Feldmeilen
Tel. (01) 923 76 56
Fax (01) 923 76 57

Immer aktuell

FDP-Artikel sind Qualitätsartikel. Als Hits gelten das Foulard und die Krawatte im klassischen Design oder im New-Look-Stil. Immer aktuell ist auch das Portefeuille. Bestellen Sie einen FDP-Artikel, damit Sie ihn haben, wenn Sie ihn brauchen.

Talon

Ja, ich bestelle:

- Das **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. ___ Ex. à Fr. 50.-
- Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- Die **Krawatte** aus unserer New-Look-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. mit der FDP-Agenda 1994. ___ Ex. à Fr. 44.-

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

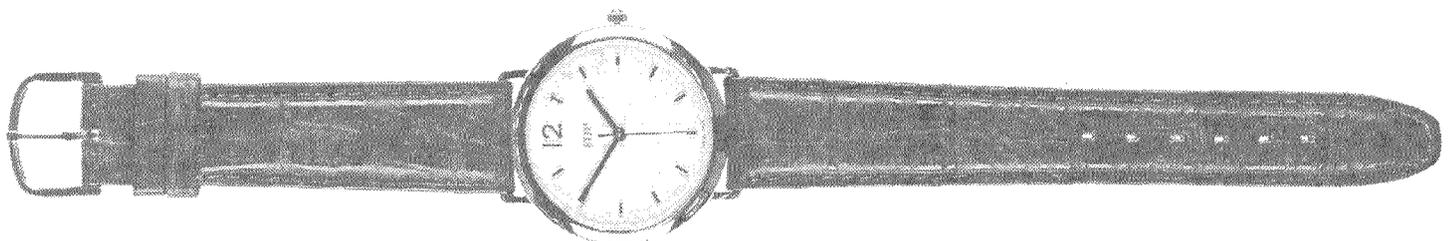
Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 3/92: «**Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität von morgen**»
- Ex. Nr. 4/92: «**Freisinnige Standortbestimmung zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zum Wohnproblem und zur Neat-Finanzierung**»
- Ex. Nr. 1/93: «**Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt**»
- Ex. Nr. 2/93: «**Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland**»
- Ex. Nr. 3/93: «**Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen**»
- Ex. Nr. 4/93: «**Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz**»

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Es ist FDP-Zeit

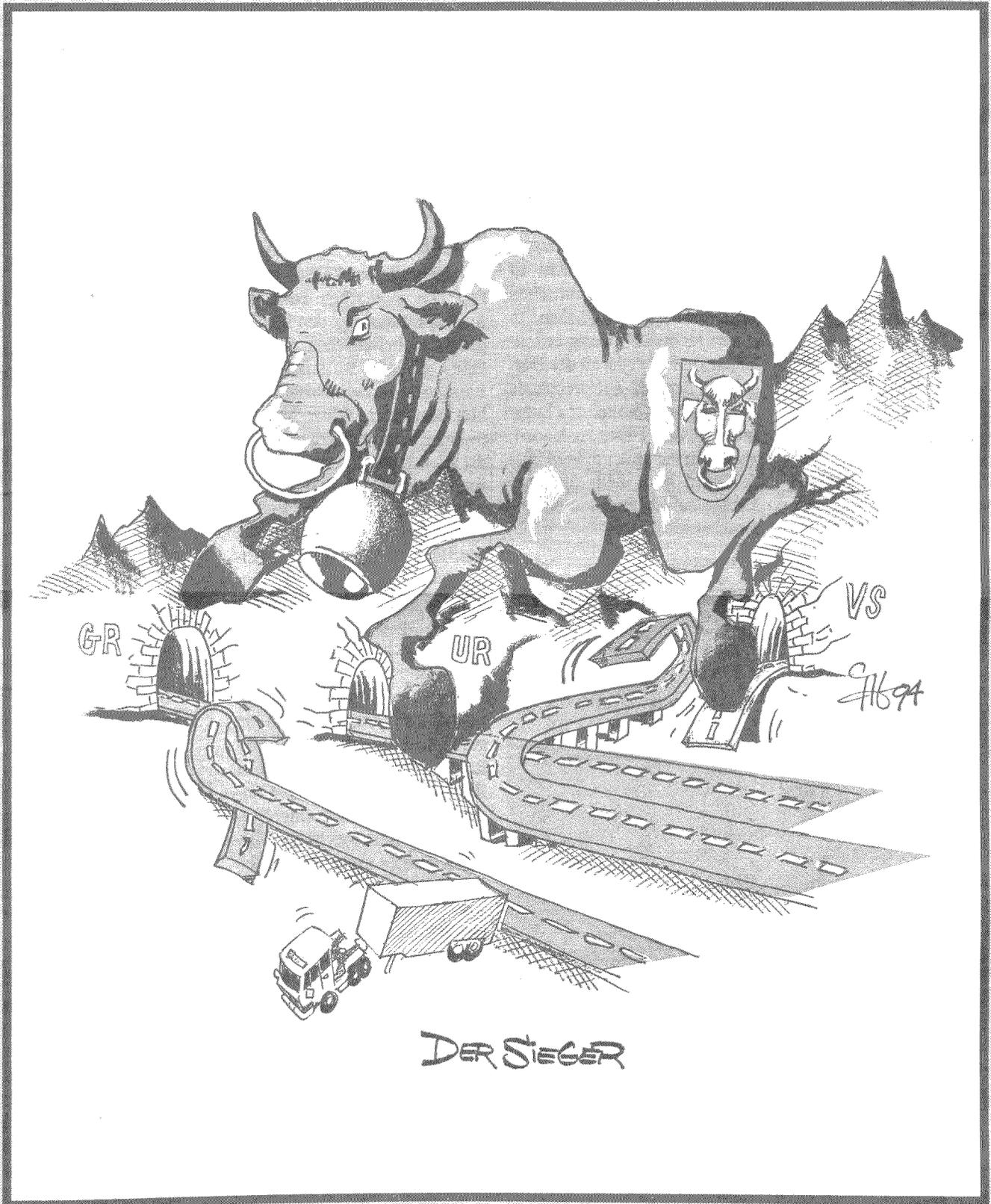
Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 60.- (plus Porto und Verpackung):
 ___ Ex. FDP-Uhr.

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern Fax (031) 312 19 51



Karikatur Andreas Töns

BR Kaspar Villiger: «Wir müssen wieder wagen zu wagen!»

Anlässlich des traditionellen Neujahrsapéros der FDP Winterthur sprach Bundesrat Kaspar Villiger über die kommenden Herausforderungen und die Chance Schweiz. Altnationalrat Dr. Peter Spälti rief zum kompromisslosen persönlichen Einsatz und zu klaren Positionen auf.

Dieter Kläy, Winterthur



Einleitend hielt der Gastgeber Altnationalrat Dr. Peter Spälti fest, dass der Wohlfahrtsstaat, wie er sich in der

Schweiz über Jahrzehnte entwickelt hat, an den Grenzen angelangt ist. Die bürgerlichen Par-

teien müssen sich fragen, ob sie in der Vergangenheit nicht zu früh und zu oft den politischen Kompromiss gesucht haben. In einem momentan wenig erfreulichen Umfeld erwartet der Bürger von der FDP entsprechende Signale. Kompromissloses Engagement und klare Positionen, aber auch der Mut, unpopulär zu sein und nicht dem Gros der Medien zu gefallen, sind die Anforderungen. Die politischen Zie-

le müssen deutlich genug an die Wähler gebracht werden. Wer nur noch die Positionen verteidigt und auf offensive Aktionen verzichtet, wird kaum als Sieger das Feld verlassen.

Chance Schweiz

Bundesrat Kaspar Villiger verurteilt den modischen Pessimismus, der unentwegt den Niedergang des helvetischen Sonderfalles punkto wirtschaftlicher Prosperität und politischer Stabilität beschwört. Schwachstellen müssen erkannt werden, wenn die Schweiz eine international gefragte Stimme bleiben will. Es gibt aber keinerlei Grund zu Pessimismus und Krisenstimmung. Die Herausforderung Marktwirtschaft muss der latenten Wirtschaftsfeindlichkeit und Wirtschaftsskepsis begegnen können. Wirtschaft ist zwar nicht alles, aber ziemlich alles ist nichts ohne Wirtschaft. Die Quitting für die Anspruchsinflation gegenüber dem Staat sind Milliardendefizite der öffentlichen Hand. Das Sicherheits- und Anspruchsdenken hat zu einer Normenflut geführt, welche der Wirtschaft immer mehr zu schaffen macht. Es braucht starke Persönlichkeiten, die mutig Flagge zeigen, wo der Staat übernutzt und demontiert wird.

Nach dem EWR-Nein ist die Standortattraktivität des Wirtschaftsplatzes Schweiz aus eigener Kraft zu heben. Die beste Sicherung der Sozialleistungen ist eine florierende Wirtschaft. Nach dem EWR-Nein geht es darum, mit einer Vielzahl von Abkommen in verschiedenen Bereichen mögliche wirtschaftliche Nachteile zu mildern und der Exportwirtschaft den Zugang zum europäischen Binnenmarkt offenzuhalten.

Die skizzierten Herausforderungen rufen nach einer Konzentration der politischen Energien auf die zentralen Probleme unse-

res Landes. Zudem müssen wir wieder wagen zu wagen.

Die Chance Schweiz ist die Gelegenheit. ■

MUTZLI

«Bundesrat Koller leitet die Schweizer Delegation an der Europäischen Konferenz für Wanderfragen», meldete offiziell die Bundeskanzlei. Im Bestreben, keine Fremdwörter wie Migration zu benutzen, rückte der Vizekanzler unseren Justizminister in die Nähe der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Wanderwege, die aber von einer solchen Konferenz nichts weiss . . .

★

Wer rundum Frauenpower erwartet hätte an Gret Hallers Präsidentinnenfeier, tippte falsch: im Programm tönte es ganz maskulin. The Barbershop Quartet und die Paradogs erwarteten die Festgesellschaft.

★

Nicht länger der Nationalrat, viel eher der Ständerat bestimme in der schweizerischen Politik den Reformrhythmus, unterstrich dessen neuer Vizepräsident Niklaus Küchler (CVP/OW). Zwischenapplaus auf offener Szene erntete er mit dieser Bemerkung vorab an den ständerätlichen Tischen, wo ausgerechnet der Basler Sozialdemokrat Gian-Reto Plattner den klatschenden Sukkurs eröffnete. Der Ständerat wurde diese Session eben etwa in Sachen Beschwerdelegitimation im Natur- und Heimatschutz zum Hoffnungsträger der Linken . . . ■

VERANSTALTUNG

Chamer Frühlingsball

Samstag, 23. April 1994

ab 20.00 Uhr im Lorzensaal in 6330 Cham
(Kassenöffnung 19.30 Uhr)

organisiert durch den **Si-Club Cham** im Auftrage der **FDP Cham**

Patronat: «Zuger Nachrichten»

mit dem **Top-Orchester «Lucky Stars»** mit eigenem **Showprogramm** und als **Einlage eine Rock'n'roll-Show** der «**Dancing Cats**»

Zur Abwechslung und für «Tanzmuffel» stehen zur Verfügung **Kafistube, Bar, Cüpli-Bar** im Foyer mit bekannten Politikerinnen und Politikern, **Saalrestauration**.

Eintrittspreise: Fr. 18.– im Vorverkauf, Fr. 20.– an der Abendkasse, bei Sammelbestellungen benachbarter FDP-Sektionen im Vorverkauf: jeder zehnte Eintritt gratis
Einzeleintritte: Lorzensaal, Dorfplatz 3, 6330 Cham, Tel. (042) 36 86 66

Sammelbestellungen: Peter Büel, Alpenblick 6, 6330 Cham
Tel. (042) 36 64 18

Die Organisatoren und die FDP Cham freuen sich, wenn möglichst viele freisinnige Parteikolleginnen und -kollegen aus dem Kanton Zug und den umliegenden Nachbarkantonen an diesem geselligen Anlass teilnehmen.